

Der Textil-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts-
Vereinigt Alles!**

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königsplatz, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an
Otto Sehm s, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.
Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt.

Ein Gewaltstreik der Textilindustriellen in der Niederlausitz. — Das Parlament der Arbeit in München. — Die Internationale der Textilarbeiter (II). — Ein Spiegelbild der Lage der Arbeiter (II).

— Ein Opfer der Ueberstundenhinderung. — Allgemeine Wochenchau. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Berichte aus Fachreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Feuilleton: Für Mutter und Kind. — Fachgewerbliche Rundschau. —

Ein Gewaltstreik der Textilindustriellen in der Niederlausitz.

Das Wolffsche Telegraphenbureau verbreitete am Freitag, den 10. Juli 1914, folgende Nachricht an die Presse:

— In den Betrieben des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie erfolgt morgen (Sonntag) durch Aushang folgende Bekanntmachung:

In Forst sind von den in den Walkereibetrieben beschäftigten Gesellen und Arbeitern Forderungen auf allgemeine erhebliche Lohnerhöhungen, auf eine Gleichstellung der Löhne und auf Festsetzung von Mindestlöhnen gestellt worden. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit hat der Forster Arbeitgeberverband bei der ersten Verhandlung die Zusage gemacht, daß diejenigen Arbeitgeber, welche etwa zurzeit niedrigere Löhne als die ortsüblichen zahlen, diese entsprechend aufbessern. Weitergehende Forderungen mußten aus prinzipiellen Gründen und mit Rücksicht auf den hohen Stand der Löhne abgelehnt werden. Ein erheblicher Teil der in Frage kommenden Walkergesellen und Walkereiarbeiter hat am 1. Juli noch während der Verhandlungen die Arbeit eingestellt. Hierdurch ist eine größere Anzahl von Betrieben gerade während der Zeit der eiligsten Musterei, von deren Erfolg in erster Linie die Beschäftigung der Arbeiter selbst für die nächste Saison abhängig ist, lahmgelegt. Ueber die im Streik befindlichen Walkereibetriebe ist der Boykott verhängt. Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie hat die Arbeits- und Lohnverhältnisse der in den Forster Walkereien beschäftigten Gesellen und Arbeiter in genauer und sachlicher Weise geprüft und ist auf Grund dieser Prüfung zu dem Ergebnis gelangt, daß die bisher in Forst bezahlten Löhne als durchaus angemessene bezeichnet werden müssen, so daß die Forderungen auf eine weitere Erhöhung derselben in keiner Weise zu rechtfertigen sind. Ferner lehnt der unterzeichnete Verband die Einführung von Mindestlöhnen und die gleich hohe Entlohnung aller in den Walkereien beschäftigten Gesellen und Arbeiter ab, weil hierdurch der in der gesamten Industrie notwendigerweise herrschende Grundsatz der Bezahlung nach Leistung abgeschafft werden würde. Nachdem alle Versuche des Forster Arbeitgeberverbandes sowie des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie, durch wiederholte persönliche Verhandlungen die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, leider gescheitert sind, sehen sich die im Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie vereinigten Arbeitgeber der Städte Forst, Cottbus, Spremberg, Guben, Luckenwalde, Sommerfeld und Finsterwalde zu ihrem Bedauern gezwungen, heute, Sonntag, den 11. Juli d. J., ihren sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen für Sonntag, den 18. Juli d. J., zu kündigen, bzw. bekanntzugeben, daß die Betriebe am Sonntag, den 18. Juli d. J., abends bis auf weiteres geschlossen werden, falls nicht bis dahin die im Streik befindlichen Walkergesellen und Arbeiter in Forst in sämtlichen Betrieben die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen wieder aufgenommen haben.

Den 11. Juli 1914.
Der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie
E. B.

Im Anschluß daran hieß es:
Die bei den Beratungen anwesenden Vertreter des Arbeitgeberverbandes der Deutschen Textilindustrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Berlin erachten die eingeleiteten Maßnahmen des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie zur Abwehr der von den gewerkschaftlich organisierten Walkergesellen und Walkereiarbeitern in Forst eingereichten Forderungen aus den vorher dargelegten Gründen für vollauf berechtigt und sichern dem Lausitzer Verbands den vollen organisatorischen und finanziellen Schutz in dem ihm aufgegebenen Kampfe an.

Wenn diese Zeitung in die Hände unserer Mitglieder kommen wird, werden also, wenn es nach den Unternehmern geht, wie die bürgerlichen Zeitungen berichten, 30 000 Arbeiter und Arbeiterinnen der Niederlausitzer Tuchindustrie von den Unternehmern brotlos gemacht worden sein. Das ist eine Handlung so frivoler Art, daß man, um eine Erklärung dafür zu finden, nur annehmen kann, sie ist in vollständiger Kopflosgigkeit beschlossen worden. Denn hier wird nicht mit Kanonen nach Spazieren geschossen, sondern mit Flatterminen gegen wenige Mühen gewütet. Möglich allerdings, daß diejenigen, die diesen wirtschaftlichen Scherbenhaufen zu machen beschlossen haben, hinterher entdecken, daß sie ihre eigene Wirtschaft in Scherben geschlagen haben. Denn bei dem winzigen Objekt, das hier in Frage kommt, grenzt es tatsächlich an Wahnsinn, eine solche Aktion zu unternehmen. Aber eines zeigt dieser Gewaltstreik der Unternehmer an: Zehntausenden unbeteiligter Arbeiter und Arbeiterinnen: er zeigt, daß es der Wille der Unternehmer ist, die Arbeiter auch mit der geringsten Lohnforderung zurückzuweisen. Jeder Versuch der Arbeiter, ihre schlechte soziale Lage zu verbessern, soll mit Absperrungen totgeschlagen werden. Das kann für die Unternehmer zu nichts Gutem führen, denn die Ungerechtigkeit schreit tatsächlich zum Himmel, und man kann es verstehen, daß die ob diesem schamfacherischen Fanatismus furchtbar empörten Arbeiter sagen: Nun ist's genug!

Es war schon frivol, als vor zwei Jahren der sächsisch-thüringische Färberverband wegen einer Differenz von 5 Pf. bei den Ueberstundenlöhnen 10 000 Personen ausherrte. Noch viel frivoler aber ist der Beschluß des Arbeitgeberverbandes der Lausitzer Tuchindustrie. Goffen wir, daß dieser Unternehmerverband ebenso mit seiner Aktion zusammengebracht wie feinerzeit der sächsisch-thüringische Färberverband mit seiner Aktion zusammengekracht ist.

Worin bestehen die Differenzen, welche der in Betracht kommende Unternehmerverband mit der Absperrung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen der Lausitzer Tuchindustrie aus der Welt schaffen will?

Vor zirka Jahresfrist traten die in den Forster Betrieben beschäftigten Walkereiarbeiter in einer stattgefundenen Branchenversammlung für eine einheitliche Lohnberechnung in ihrem Arbeitsverhältnis ein. Aber angesichts der in Forst sowie in der gesamten Lausitz herrschenden Krise wurde beschlossen, einen besseren Geschäftsgang abzuwarten. Dieser bessere Geschäftsgang ist mit dem Frühjahr 1914 eingetreten. Jetzt setzten die Walkereiarbeiter eine Kommission ein, die feststellte, daß die Walkereibetriebe 51 Betriebe mit 168 Arbeitern, Meister eingerechnet, umfaßt, und daß für eine Bewegung etwa 120 Personen in Frage kommen. Das Organisationsverhältnis ist folgendes: Bei uns sind 78 organisiert, im Hirsch-Dunderschen Gewerksverein 15, bei den Christen 3.

Nach einer aufgenommenen Statistik wurden bisher folgende Löhne gezahlt:

6 Arbeiter	18 Mk.	5 Arbeiter	28 Mk.
11 "	19 "	2 "	24 "
19 "	20 "	5 "	25 "
12 "	21 "	1 "	26 "
13 "	22 "	4 "	27 "

Das macht eine Gesamtsumme von 1657 Mk. Bei 78 Arbeitern ergibt das einen Durchschnittslohn von 21,30 Mk. Teilweise kommen zu den Löhnen noch Kantienem, so daß sich der Durchschnittslohn etwas höher stellen wird.

Die Walkereiarbeiter waren der Meinung, daß es unbedingt notwendig sei, die niedrigen Löhne zu erhöhen und eine bestimmte Mindestgrenze festzusetzen. Zu diesem Zweck wurden den Unternehmern Forderungen geschickt, die im Wortlaut folgen:

Forst (Lausitz), den 12. Mai 1914.

P. P.

Die Walkereiarbeiter der hiesigen Tuchindustrie erlauben sich hiermit, Ihnen folgende Lohnforderungen zu unterbreiten:

Die Entlohnung geschieht allgemein im Zeitlohn (Wochenlohn).

Der Mindestlohn beträgt für alle Arbeiter an der Lochwalke vom 1. Juli 1914 ab 25 Mk., für alle übrigen Arbeiter 24 Mk. pro Woche.

Ueberstunden sind möglichst zu vermeiden, machen sich solche nötig, so ist jede angefangene Ueberstunde mit 0,60 Mk. zu bezahlen.

Die Gründe, die uns veranlaßt haben, an Sie die Forderung auf Einführung obiger Mindestlohne zu stellen, liegen zunächst in den in den letzten Jahren fortgesetzt gestiegenen Lebensmittelpreisen und den damit im Zusammenhang stehenden gesteigerten Kosten der Lebenshaltung allgemein.

Staat, Kommune und Arbeitgeber vieler anderer Berufe haben die Notwendigkeit, ihren Beamten und Arbeitern die Löhne zu erhöhen, längst auf Grund der obigen Tatsachen anerkannt und Zulagen gewährt. In unserer Walkereibranche dagegen sind die Löhne seit vielen Jahren nicht erhöht worden.

Ferner liegt uns daran, die Verschiedenartigkeit der Entlohnung und die Verschiedenheit der Löhne für gleiche Arbeitsleistung in unserer Branche am Ort einheitlich zu gestalten. Diese Einheitlichkeit der Entlohnung und die Einheit der Löhne für gleiche Arbeiten liegt sowohl im Interesse der Herren Arbeitgeber, wie im Interesse der Arbeiter.

Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, unsere Forderungen zu erfüllen, haben wir sie in bescheidenen Grenzen gehalten. Der Lohn von 25 Mk. resp. 24 Mk. pro Woche wird in einer Anzahl Walkereien schon jetzt bezahlt, einige Betriebe bezahlen teilweise noch höhere Löhne.

Die bisher schon höher bezahlten Löhne bleiben von den aufgestellten Lohnsätzen unberührt und sind selbstverständlich in gleicher Höhe weiter zu bezahlen. Wir hegen die feste Ueberzeugung, bei Ihnen einsichtsvolles Entgegenkommen zu finden, und eruchen bis zum 6. Juni d. J. um gefällige Antwort; auch ist unterzeichnete Kommission gern bereit, mit Ihnen die von uns aufgestellten Forderungen näher zu besprechen.

Hochachtungsvoll
Lohnkommission der Walker und Walkereiarbeiter
Forst N.-L.

Vom Arbeitgeberverband der Textilindustrie in Forst ging darauf folgendes Schreiben ein:

Forst (Lausitz), den 8. Juni 1914.

Auf das Schreiben vom 15. Mai cr. teilen wir Ihnen folgendes mit:

Sowohl die Anforderungen, die an die Walkereiarbeiter gestellt werden, wie deren Leistungen sind in den hiesigen Betrieben ganz verschieden. Infolgedessen ist eine einheitliche Lohnart oder die Festsetzung eines Mindestlohnes nicht angängig. Wir haben ferner festgestellt, daß hier in Forst für die Walkereiarbeiter die höchsten Löhne im Vergleich mit anderen Plätzen der Lausitz gezahlt werden.

Aus allen diesen Gründen sind wir nicht in der Lage, Ihren Wünschen zu entsprechen.

Hochachtungsvoll
Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. Lausitz.
Eingetragener Verein.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer.
gez. Franz Abellis. gez. Brielke.

In einer am 11. Juni stattgefundenen Walkereiarbeiterversammlung wurde beschlossen, an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes die Anfrage zu richten, ob der Arbeitgeberverband bereit sei, mit der Lohnkommission der Arbeiter über die eingereichten Lohnforderungen in Verhandlung zu treten. Ein diesbezügliches Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes am 11. Juni zugesandt. Am 15. Juni ging darauf folgendes Schreiben ein:

Forst (Lausitz), den 15. Juni 1914.

Im Besitz des Schreibens vom 11. cr. haben wir ein Schreiben unserer Arbeiter, sich persönlich mit uns auszu-

sprechen, niemals abgelehnt, sondern waren im Gegenteil stets hierzu bereit, selbst in Fällen, in denen es, wie bei dem vorliegenden, nicht anging, die Forderungen der Arbeiterchaft zu erfüllen.

Dementsprechend sind wir auch zu der jetzt gewünschten Aussprache bereit und erwarten eine Kommission der hiesigen Walkereiarbeiter am Montag, den 22. cr., nachmittags 6 Uhr im Zentralbureau der Industrieverbände, Ernst-Hammer-Platz 6.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst i. Lausitz.
Eingetragener Verein.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer.
gez. Franz Wvellis. gez. Brielle.

In der nun am 22. Juni stattgefundenen Verhandlung zwischen der Lohnkommission und dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes für die Textilindustrie zu Forst wurde eine Einigung über die schwebenden Lohndifferenzen nicht erzielt. Die Unternehmer gaben wie gewöhnlich die Erklärung ab, sie seien der Ueberzeugung, daß in der Walkbranche in Forst die höchsten Löhne im Vergleich zu der übrigen Niederlausitz bezahlt werden, und daß sie sich aus diesem Grunde zu weiteren Lohnerhöhungen nicht verpflichten könnten. Auf die Festlegung von Mindestlöhnen könnten sie sich unter keinen Umständen einlassen, da das für sie eine prinzipielle Frage sei. Sie halten es für durchaus zulässig, daß der Arbeiter nach seiner Leistung bezahlt werde, und könnten deshalb nicht anerkennen, daß das Prinzip der Mindestlöhne, für das die Arbeiterchaft eintritt, richtig sei. Unsere Kollegen entgegneten, daß es der Arbeiterchaft hauptsächlich darauf ankomme, eine Untergrenze festzulegen, da erwiesenermaßen in den einzelnen Walkereibetrieben in Forst Löhne von 17, 18 und 19 Mk., aber auch solche von 24, 25 bis zu 27 Mk. gezahlt würden und es für die Arbeiterchaft als erwiesen angesehen werde, daß die Forster Walkereiarbeiter eine bestimmte höhere Leistung im Arbeitsverhältnis vollbringen müssen, als es in anderen Orten der Niederlausitz der Fall ist. Im übrigen aber seien die eingereichten Forderungen als Grundlage einer gegenseitigen Verhandlung zu verstehen und würden die Arbeiter sich durch ein Angebot der Unternehmer verständigen können. Der Vorsitzende des Fabrikantenvereins, Kommerzienrat Wvellis, erklärte jedoch, daß er den einzelnen Arbeitgebern raten würde, die Löhne, die jetzt unter 19 Mk. gezahlt würden, auf die Höhe von 19 Mk. zu bringen. Weiter könnten sie nicht gehen, und würde hiermit die Sitzung als beendet zu betrachten sein. Es sollte zwar noch eine Zusammenkunft stattfinden, zu dem Zweck, den Bericht entgegenzunehmen, wie groß die Zahl der Unternehmer sei, die gewillt seien, die oben angegebene Lohnerhöhung einzutreten zu lassen, und wie groß die Zahl der davon betroffenen Arbeiter sei.

In der darauf am Mittwoch, den 24. Juni, stattgefundenen Walkereiarbeiterversammlung wurden diese Zugeständnisse als nicht befriedigend angesehen und beschlossen, den Unternehmerverband noch einmal zu ersuchen, bis spätestens Sonnabend, den 27. Juni, in eine Verhandlung mit der Lohnkommission einzutreten. Diese schon am Freitag, den 26. Juni, stattgefundenen Verhandlung förderte neue Momente nicht zu Tage. Die Unternehmer blieben auf dem Standpunkte stehen, daß sie nicht weiter gehen könnten, da sonst in den übrigen Orten der Niederlausitz Unzufriedenheit unter der Arbeiterchaft entstehen könnte. Bestimmte, von der Lohnkommission gemachte Vergleichsvorschläge wurden als nicht diskutabel erachtet. Die Unternehmer sagten, es handle sich hier um Mindestlöhne und diese dürften sie unter keinen Umständen zulassen. Die von einzelnen Kollegen der Lohnkommission gemachten Vorschläge, man solle, um die ganze Angelegenheit in friedlicher Weise regeln zu können, die Untergrenze etwas höher, vielleicht auf 22 Mk. setzen, wurden gleichfalls abgewiesen.

Gemäß dem Beschlusse des Zentralvorstandes wurden die Walkereiarbeiter am Mittwoch, den 1. Juli, beauftragt, noch einmal mit ihren Arbeitgebern über die Höhe der zu machenden Zugeständnisse zu verhandeln. Das Resultat war ein für die Arbeiterchaft äußerst ungünstiges, denn fast

durchgängig wurde von den Arbeitgebern die Erklärung abgegeben, daß sie nicht in der Lage seien, weitere Zugeständnisse zu machen, als wie der Arbeitgeberverband bereits gemacht hat.

Daraufhin traten 23 Betriebe mit 52 Arbeitern in den Streik. Nicht vorstellig wurden 19 Betriebe, weil in diesen teilweise höhere Löhne bestanden, teilweise Versprechungen gemacht worden sind. 4 Betriebe hatten Kündigung, 3 davon je 14 Tage und ein Betrieb eine Woche.

Nach unseren Feststellungen betragen die vor dem Streik gewährten Lohnerhöhungen 13 Mk., die sich auf 13 Arbeiter in 4 Betrieben verteilen, so daß die Lohnerhöhung pro Kopf und Woche 1 Mk. beträgt, während die übrigen nichts erhalten.

In drei Betrieben sind den Arbeitern Lohnerhöhungen versprochen worden, die aber am Schluß der Woche nicht zur Auszahlung gelangten. Die Arbeiter dieser drei Betriebe sind deshalb ebenfalls in den Streik getreten.

In einer am 3. Juli 1914, nachmittags 6 1/2 Uhr, stattgefundenen Verhandlung zwischen dem Unternehmertum und der Lohnkommission kam auch kein anderes Resultat heraus, weshalb die Arbeiterchaft beschloß, den Streik weiterzuführen. Der Zentralvorstand stimmte dem zu.

In der am Montag, den 6. Juli, stattgefundenen Walkereiarbeiterversammlung wurde beschlossen, folgendes Schreiben an den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst zu senden:

Forst (Lausitz), den 6. Juli 1914.

An den Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst, zu Händen des Herrn Kommerzienrats Franz Wvellis in Forst.

Sehr geehrter Herr Kommerzienrat!

Wir teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß in der heute vormittag stattgefundenen Walkereiarbeiterversammlung einstimmig beschlossen wurde, das Ansuchen der Herren Arbeitgeber, die Arbeit heute Montag wieder aufzunehmen, abzulehnen.

Sämtliche im Ausstand befindliche Walkereiarbeiter erklären, bereit zu sein, jederzeit die Arbeit wieder aufzunehmen, sobald ihnen seitens der Herren Arbeitgeber ein annehmbares Angebot gemacht wird. Das bisher gemachte Angebot ist leider nicht derartig, daß eine Regelung der schwebenden Lohndifferenzen auf gutlichem Wege nach den Wünschen der Arbeiter möglich ist. Wir geben aber die Hoffnung nicht auf, daß die Herren Arbeitgeber sich noch auf ein zu machendes Angebot verständigen und der jederzeit zur Verfügung stehenden Lohnkommission diesbezügliche Mitteilung zu weiteren Verhandlungen machen.

Hochachtungsvoll

Lohnkommission der Walkereiarbeiter Forst i. L.

Daraufhin wurden am Dienstag, den 7. Juli, 2 Kollegen zu Herrn Kommerzienrat Wvellis gerufen und dort wurde ihnen die Mitteilung gemacht, daß sie doch alles daran setzen sollten, um die ausständigen Walkereiarbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Sie könnten es doch nicht verantworten, daß wegen dieser wenigen Leute eine große Aktion in der Niederlausitz herbeigeführt werde. Unsere Kollegen gaben hierauf zur Antwort, daß man das selbe doch von den Unternehmern verlangen könnte, sie könnten doch einigermaßen annehmbare Zugeständnisse machen, die Angelegenheit wäre damit beendet. Herr Wvellis erklärte, dies nicht tun zu können, es sei zu spät. Im übrigen mache er nochmals auf die Konsequenzen aufmerksam, die daraus entstehen können, denn schon am heutigen Abend werde in der hiesigen Presse bekanntgemacht werden, daß die Unternehmer am Donnerstag, den 9. Juli, in Cottbus zusammentreten, um über weitere Maßnahmen zu beraten.

Die betreffende Notiz im „Forster Tageblatt“ vom Mittwoch, den 8. Juli, lautete:

Die Lohnkommission der Forster Walkereiarbeiter hat gestern dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Forst mitgeteilt, daß die streikenden Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit verweigern. Infolgedessen ist der Arbeitgeberverband der Lausitzer Tuchindustrie für Donnerstag dieser Woche nach Cottbus einberufen worden.

In dieser Sitzung nun ist der Beschluß gefaßt worden, 30 000 Tucharbeiter und -arbeiterinnen auszusperrn.

Wir haben vorstehende ausführliche Darstellung gegeben, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß die Arbeiterchaft und deren Organisation keine Schuld an diesem wirtschaftlichen Drama trifft. Die Arbeiter und ihre Organisation waren ehrlich bestrebt, die Differenzen auf friedliche Weise aus der Welt zu schaffen. Gätten die Unternehmer ein einigermaßen annehmbares Zugeständnis gemacht, dann war die Sache aus der Welt geschafft. Aber nichts, gar nichts an Entgegenkommen zu zeigen, um bestehende Ungleichheiten im Lohn auszugleichen, das kann natürlich nicht ertragen werden. Das ist sich schon die Organisation der Arbeiter an Selbstachtung schuldig, daß sie sich so nicht behandeln läßt. Wir haben den Kampf nicht gesucht, aber wenn es eben nicht anders sein kann, dann müssen die Unternehmer der Niederlausitzer Tuchindustrie auch zu Gemüte geführt bekommen, daß auch für die Beseitigung von Lohndifferenzen der Spruch gilt: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß.“ Andere Unternehmerverbände haben wir schon zu dieser Erkenntnis gebracht.

Zugung von Tucharbeitern aller Art nach der Lausitz ist streng fernzuhalten.

Das Parlament der Arbeit in München.

Der 9. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands in München hat, das steht jetzt schon fest, in allen Bevölkerungskreisen großen Eindruck hinterlassen. Seine Willensfindung zu den aktuellen Fragen, welche die Interessen der Arbeiter berühren, hat auch auf diejenigen gewirkt, welche darauf und daran sind, von der kapitalistischen Staatsmacht zu verlangen, die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands als Freiwillig für rauf- und mordlustige Eingekrüder, „übereifrige“ Staatsanwälte und Polizisten freizugeben. Die ruhige, selbstbewußte Haltung des Kongresses bei all den Fragen, welche die Lebensinteressen der Arbeiterorganisationen berühren, hat den Feinden der organisierten Arbeiter gezeigt, daß er sich der Macht bewußt ist, welche eine so große Armee von 2 1/2 Millionen organisierter Arbeiter verkörpert. Seine Haltung des Kongresses hat gezeigt, daß sich die organisierte Arbeiterchaft allen Scharfmachern und ihren willfährigen Handlangern zum Trotz die Bewegungsfreiheit zu erhalten wissen wird, die nötig ist, um die Kulturmission erfüllen zu können, die den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter zugefallen ist. Es hat uns sehr gefreut, daß der Genosse Legien gleich bei der Eröffnung des Kongresses keinen Zweifel ließ, daß es ein Zurückweichen der Gewerkschaften vor dem konzentrierten Ansturm der Kapitalisten und ihrer staatlichen Beschützer nicht geben kann. Die Arbeiterchaft läßt sich die Rechte, welche die Kapitalisten in der wirksamsten Weise im eigenen Interesse gebrauchen, nicht nehmen. Die Gewerkschaften wollen keine Politik betreiben, aber sie wollen dieselbe Bewegungsfreiheit für die Erledigung ihrer wirtschaftlichen Aufgaben haben, welche die Unternehmerorganisationen für sich in Anspruch nehmen. Dort, wo es sich nicht umgehen läßt, auf politische Fragen einzugehen, um die gesteckten wirtschaftlichen Aufgaben für die Arbeiterchaft zu erfüllen, da muß eben auf diese politischen Fragen eingegangen werden. Wir haben ja erst vor kurzem die Meukerung des konservativen Bundeshauptlings Dr. Roedike angeführt, die er in Segeberg in Schleswig-Holstein getan hat. Er sagte dort: „Die politischen und wirtschaftlichen Fragen lassen sich heute nicht mehr trennen.“ Das ist ohne weiteres richtig. Und es ist überflüssig zu sagen, warum es so ist. Seitdem wir die sogenannte nationale Wirtschaftspolitik haben, seitdem die besitzende Klasse unsere Steuererhebung im Reiche dazu benützt, sich auf Kosten der breiten Masse zu bereichern, seitdem der kapitalistischen Pluswirtschaft immer größere Konkurrenzschwierigkeiten entstehen, dreht sich ja die ganze Politik nur um wirtschaftliche Fragen. Und gerade die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter werden durch diese Politik am einschneidendsten berührt. Daß das so ist, ist nicht die Schuld der Arbeiter, sondern die Schuld der heutigen herrschenden Klasse. Die Gewerkschaften aber würden ihre wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen können, wenn sie sich durch eine Auslegung der Gesetze, die zweierlei

Für Mutter und Kind.

Kinderspsychologie.

Die Erforschung des kindlichen Seelenlebens ist eine noch recht junge Wissenschaft; sie beschäftigt gelehrte Kreise erst seit kaum mehr als dreißig Jahren. Gewiß liegen die Anfänge und ersten Versuche weiter zurück: 1787 schrieb der Marburger Professor Tiedemann an der Hand von Aufzeichnungen über die geistigen Fortschritte seines Söhnchens in einer wissenschaftlichen Zeitschrift „Ueber die Entwicklung der Seelenfähigkeit bei Kindern“ — eine Arbeit, die erst Beachtung fand, als sie ins Französische übersetzt worden war und dort von Deutschen entdeckt wurde; 1851 veröffentlichte Löbisch eine „Entwickelungs-geschichte der Seele des Kindes“, und 1856 erschien aus der Feder des Rudolstädter Arztes Werthold Sigismund das liebenswürdige und geistvolle, zunächst aber ganz unbeachtet gebliebene Werkchen „Kind und Welt“, das ebenfalls aus Tagebuchblättern eines Vaters über die psychische Entwicklung seines Kindes hervorgegangen war. Alle diese Werke waren nicht wissenschaftlich im eigentlichen Sinne. Die Psychologie überhaupt hatte sich um diese Zeit noch nicht zur Höhe und Reife einer selbständigen Wissenschaft entwickelt. Erst als dies unter Ueberwindung ihrer theologischen Voraussetzungen mehr und mehr geschehen war, konnte sich als besonderer Zweig die Kinderspsychologie herausbilden. Bis dahin waren als weitere wertvolle Vorarbeiten 1859 Professor Ruffmanns „Untersuchungen über das Seelenleben des neugeborenen Menschen“ und 1872 Hellwigs Schrift über die „Vier Temperamente bei Kindern“ erschienen. Da stellte 1882 der Geneser Professor Preyer mit seinem umfangreichen und hochbedeutungsvollen Werk über „Die Seele des Kindes“ die ganze Kinderseelenkunde auf eine breite und sichere wissenschaftliche Grundlage. Ausgehend von Beobachtungen der seelischen Entwicklung seines Söhnchens und unter Heranziehung des gesamten einschlägigen Materials, das er vorfand, gab Preyer in seinem klassischen Werke eine grundlegende und einwandfreie Darlegung von der Entwicklung der Sinne und Gefühle, des Willens, des Verstandes und der Sprache

des Kindes, die für Jahrzehnte zu einer wahren Fundgrube für die gesamte wissenschaftliche Kinderforschung wurde und an der heute noch kein Psychologe, der sich um die Aufschlüsselung des kindlichen Seelenlebens bemüht, und kein Pädagoge, der kindliches Wesen verstehen und mit Erfolg behandeln will, vorübergehen kann. Wenn in Lehrerkreisen die Würdigung des Wertes, auf die es Anspruch erheben darf, vorerst noch ausblieb, so deshalb, weil die Ueberzeugung von der Bedeutung der Kinderspsychologie als einer fundamentalen Hilfswissenschaft der Pädagogik noch nicht Allgemeingut der Lehrerbildung geworden war, und so dann, weil die spekulative Seelenkunde der Herbart'schen Schule mit den neuen Erkenntnissen der Erfahrungsseelenkunde in einem noch unentschiedenen Kampfe lag. Mit Beginn der neunziger Jahre aber kam die Kinderspsychologie — auf physiologischer, biologischer, empirischer oder experimenteller Grundlage — in Aufschwung. Dr. Ament zeichnet in seinen Schriften „Fort-schritte der Kinderseelenkunde 1895/1903 und 1904/05“ (Verlag von W. Engelmann, Leipzig) die aufsteigende Kurve dieser Entwicklung. Ein ganzer Stab von Gelehrten hat sich der ebenso interessanten als liebenswürdigen Wissenschaft zugewandt. Hartmann, der bereits 1885 eine Analyse des kindlichen Gedankenkreises vorgenommen hatte, setzte seine Forschungen auf diesem Gebiete fort. Ebbinghaus untersuchte die kindliche Kapazität, Kempfer und Lobbin verbreiteten sich in vielbeachteten Veröffentlichungen über Ermüdung, Gedächtnis und Ueberbürdung. Wundt behandelte in seinem Grundriß der Psychologie die psychische Entwicklung des Kindes und gab damit einen lebhaften Anstoß für die Beobachtung und Erörterung psychischer Vorgänge beim Kinde. Gußmann, Lindner, Ament, Meinmann und das Ehepaar Stern wählten besonders die Sprache des Kindes zum Gegenstande ausgedehnter und gründlicher Untersuchungen. Lah und Schneider wandten ihre Aufmerksamkeit dem Rechnen, Pappenheim, Levinstein u. a. den Kinderzeichnungen zu. Ein Kreis von Psychologen und Pädagogen unter Ufers und Triepers Führung nahm sich der Erforschung psychischer Kinderfehler an und gibt eine Zeitschrift heraus, die diesem Zwecke dient. Stimpell schrieb ein klassisches Werk über pathologische Kinder. Ein ungemein reiches, vielseitiges

Streben und Forschen hat sich entwickelt, im Ausland stärker noch als in Deutschland. Von amerikanischen Kinderpsychologen seien besonders Stanley Hall, Tracy und Baldwin, von englischen Pollock, Warner und Sully, von französischen Binet, Compayré und Perez, von italienischen Ferriani und Lombroso genannt. Zahllos ist die Menge der Veröffentlichungen, die von ihnen und vielen anderen vorliegen. Wer sich als Laie über die Hauptergebnisse der Kinderspsychologie unterrichten will, greife zunächst zu Gaupp, „Die Psychologie des Kindes“, eine handliche, leichtverständliche Einführung, die nicht frei von Mängeln ist, aber für den Anfang genügt (Verlag von W. G. Teubner, Leipzig, 1,25 Mk.). Hierauf möge Ament, „Die Seele des Kindes“, folgen, ein Schriftchen der Kosmos-Gesellschaft, das populäre Darstellung mit wissenschaftlich einwandfreier Beherrschung des Stoffes aufs glücklichste vereinigt (Verlag von Franckh, Stuttgart, 1 Mk.). Weiter kommen in Betracht Sullys „Untersuchungen über die Kindheit“ (übersetzt von F. Stimpff), die sich durch Material-reichtum, gute Verarbeitung der Tatsachen, vorsichtige und verständnisvolle Schlussfolgerungen für die Erziehungspraxis auszeichnen (Verlag von G. Wunderlich, Leipzig 4,80 Mk.). Schließlich vertiefe man sich in das bereits erwähnte Werk Preyers „Die Seele des Kindes“, das auch dem einfachen Manne trotz gelehrter Sprache und wissenschaftlicher Gründlichkeit der Stoffverarbeitung eine Fülle von Anregungen und Belehrungen bietet. Der Verlag (Th. Grieben, Noh. 2, Fernau, Leipzig) hat das Werk in achter Auflage, neu bearbeitet von Professor Dr. Schaefer, herausgebracht; es kostet gebunden und in gediegener Ausstattung 10 Mk. und ist — da sein hoher Preis die Erwerbung durch Minderbemittelte sehr erschwert — Arbeiterbibliotheken aufs angelegentlichste zur Anschaffung zu empfehlen.

Aus dem Kinderlande.

Ausfahrten auf dem Proletwagen.

„So, Willi, nun mußt du absteigen.“ sagte Friedrich, „du kannst sonst nicht wieder nach Hause finden.“ — „O doch.“ jagte Willi und lachte, „ich weiß den Weg ganz genau, und wenn ich nicht mehr weiß, dann frage ich die großen Leute.“ Da war Friedrich zufrieden und sagte: „Dann kannst du

Recht schafft, davon abhalten lassen, ihre Pflicht zu tun. Wir begreifen es daher, daß die Generalkommission der Gewerkschaften es abgelehnt hat, diejenigen Punkte der Tagesordnung abzugeben, die Lebensfragen der Gewerkschaften betreffen und bei denen es sich nicht umgehen ließ, auf politische Verhältnisse einzugehen, um zu zeigen, wie die herrschenden Kreise heute gegen das Rechtsempfinden des arbeitenden Volkes sündigen. Die Arbeiterklasse wird es in Deutschland nur dann dazu bringen, staatsbürgerlich gleichberechtigt behandelt zu werden, wenn sie jetzt den entschiedenen Kampf aufnimmt gegen die Verwüstungen unserer staatsbürgerlichen Freiheit durch die Reaktion. Es ist ganz falsch, wenn man glaubt, die reaktionären Ausbeuter der Arbeiter damit zufriedenzustellen, daß man in einem Resignation die andere Wade hinhält, wenn sie auf die eine geschlagen haben. Je mehr die Arbeiterschaft zurückweichen und nachgeben würde, um so frecher würde die Reaktion auftreten, um so mehr würde sie den Arbeitern an Rechten nehmen. Da gebe es keine Grenze. Bis zur völligen Rechtslosigkeit würden die Arbeiter ihrer staatsbürgerlichen Rechte geplündert werden. Deshalb nicht zurück, sondern vorwärts ist die Losung! Wir haben die Reaktion niederkämpfen. Und wir werden in diesem Kampfe siegen, denn das Recht ist auf unserer Seite. Für den kapitalistischen Staat wird es da freilich sehr viel Scherben geben. Er darf doch nicht glauben, daß er die Herzen der Arbeiter gewinnt, wenn er seine Organe in so himmelschreiend ungerechter Weise gegen die Arbeiter vorgehen läßt, wie es der Genosse Breh in seinem Referat über die „Sandhabung des Reichsvereinsgesetzes“, und in noch viel umfangreicherem Maße der Genosse Schlichte in dem Referat über „Arbeitswilligenachdruck und Unternehmerterrorismus“ gezeigt hat. Doch uns kümmert die Sorge des kapitalistischen Staates nicht. Gehen wir unsere eigene Welt! Wichtige Richtlinien dazu geben uns die Genossen Robert Schmidt und Rudolf Wiffel. Wir werden die Ausführungen des Genossen Schmidt über unsere staatliche Sozialpolitik noch ausführlich wiedergeben, um den Arbeitern ein wahres Bild zu geben von der trostlosen Beschaffenheit unserer sozialpolitischen Verhältnisse. Ueber das Referat der Genossin Hanna geben wir eine besondere Abhandlung.

Sehr interessant war das Referat des Genossen Bauer über die „Volksfürsorge“. Auch hier wurden treffliche Einblicke gezeigt in die Gesplogenheiten kapitalistischer Moral. Abwechselnd empörend und erheiternd wirkte es, zu hören, wie der ganze Ordnungsbrei, angefangen vom Minister, dem Zentralverband der Scharfmacher, dem Bund der Landwirte, den reaktionären Mittelstandsvereinen, den Gelben, bis herab zu den christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, monatelang sich abgemüht hat, einem Unternehmen Abbruch zu tun, von dessen gemeinnütziger und segensreicher Wirksamkeit im Interesse der Arbeiter alle überzeugt waren. Die „christlichen“ und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften neben den Gelben und den Scharfhindern will, daß den kapitalistischen Versicherungshäusern hinder will, daß den kapitalistischen Versicherungshäusern unzählige Millionen Arbeitergroßen und Markstücke in den unerfütterlichen Nachen fahren. Das muß sich jeder Arbeiter merken.

Recht beachtenswerte Winke für den Kampf der Arbeiter gegen Unternehmerrarbeitsnachweise enthielt das Referat des Genossen Neumann. Wir können unseren Kollegen nur raten, sich ein Protokoll des Gewerkschaftskongresses zu kaufen und in den Referaten nachzugrahen. Die Referate über „Arbeitslosenfürsorge“, über „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge“ und über „Den Einfluß der Lebensmittelerhöhung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse“, die von den Genossen Winnig, Leipart und Timm gehalten wurden, legten weiteres Zeugnis ab davon, daß die deutschen Gewerkschaften heute eine tiefe Kenntnis besitzen von dem Wesen der kapitalistischen Warenproduktion und Warenzirkulation sowie den dabei auftretenden Begleiterscheinungen.

Der Kongreß hat in allen diesen Fragen wichtige Einigkeit der Auffassung bewiesen und in den dazu vor-

liegenden Resolutionen die Richtlinien für die gewerkschaftliche Aktion festgelegt.

Der Hauptpunkt des Kongresses war die Beratung über das neue Regulativ betreffend das Zusammenwirken der Gewerkschaften. Wir werden daselbe später zum Abdruck bringen. Die Notwendigkeit zu dem Regulativ war wirklich vorhanden. Die beiden Hauptarmeen der Unternehmerverbände haben sich zu einer Armee verbunden, da durften die Gewerkschaften mit der Schaffung wirkungsvoller Schlagfertigkeit nicht mehr warten. Und wenn es sich bei dem Regulativ nur um diese Frage gehandelt hätte, dann wäre auch bei diesem Punkt der Tagesordnung Einstimmigkeit erzielt worden. Aber das Regulativ regelt nicht nur das Zusammenwirken der Gewerkschaften gegen die Unternehmer (Abschnitt C) — hier ist selbstverständlich volle Einstimmigkeit erzielt worden —, sondern es regelt auch das Zusammenarbeiten auf dem Organisationsfelde. Der Abschnitt B regelt die Grenzstreitigkeiten, die zwischen den Organisationen vorkommen. Am meisten sind in solche Grenzstreitigkeiten verwickelt die Verbände der Fabrikarbeiter, Transportarbeiter sowie der Staats- und Gemeindearbeiter. Daß dem so ist, daran trägt die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise die Schuld. Die großen Unternehmungen greifen immer mehr Produktionszweige auf und vereinigen dadurch in den einzelnen Betrieben Arbeiter einer großen Anzahl verschiedener Berufe. Dadurch werden oft Aktionen der Arbeiter erheblich erschwert, sei es, daß nicht alle Organisationen gleich eifrig und erfolgreich in der Organisierung der Arbeiter sind oder andere Ursachen die gemeinsame Aktion stören. Andererseits kann selbständiges Vorgehen der einen Berufsgruppe die Arbeiter der andern Gruppen sehr in Mitleidenschaft ziehen. Man hat bisher versucht, durch Kartellverträge der Situation Herr zu werden. Die Verhältnisse sind aber manchmal stärker wie der Wille der Organisationsleitungen. Es klappt eben nicht immer alles nach Wunsch. Wickelt sich dann nicht alles so ab, wie es in dem Kartellvertrag sauber zu Papier gebracht wurde, dann gibt's Scheltworte, Differenzen und — Grenzstreitigkeiten. In Zeiten hochgehender Konjunktur, wenn die Organisationen wirken und wachsen können, da sieht man ja über vieles hinweg. Aber in Zeiten schlechter Konjunktur, wo das Organisationsleben stagniert, da sucht jede Organisation alles zusammen, um ihren Mitgliederstand zu halten. Und dann findet man, daß die oder jene befreundete Organisation in die für sie nicht zugelassenen Jagdgründe eingedrungen ist; und dann gibt's natürlich wieder Differenzen und Grenzstreitigkeiten.

Erfreulich ist das für die Gewerkschaftsbewegung nicht. In der Zeit besonders, wie der gegenwärtigen, wo das Scharfmachertum nicht nur aus eigener Kraft, sondern mit allen verfügbaren Machtmitteln des kapitalistischen Staates gegen die Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter anrennt, ist absolute Einigkeit der Gewerkschaften erste organisatorische Pflicht. Und es geht nicht an, daß sich in solcher Zeit die Gewerkschaftsleitungen so befehlen, wie es in der letzten Zeit verschiedentlich vorgekommen ist. Die Stoßkraft der Gewerkschaften muß dabei leiden. Es mußte daher ein Ausweg gesucht werden, um solche Differenzen in anderer Weise zu erledigen wie bisher. Das Regulativ sieht dazu die Einsetzung von Schiedsgerichten vor. Und darum drehte sich auf dem Kongreß in der Hauptsache das Wortgefecht.

Genosse Regien, der die Begründung der neuen Bestimmungen zu geben hatte, hob noch einmal ruhig, aber eindringlich hervor, wie verantwortungsvoll die Mission der Gewerkschaften sei, und daß wir deshalb zur Einigung kommen müßten. Grundsätzlich war wohl niemand gegen die Einsetzung von Schiedsgerichten; aber die Transportarbeiter forderten eine Berufungsinstanz für die Schiedsgerichtsurteile. Für die Schaffung einer Berufungsinstanz konnte sich die große Mehrheit des Kongresses nicht entscheiden, denn dann würden die Schiedsgerichte zur Farce. Es würde sich gar kein Schiedsgericht finden, um eine Sache zu entscheiden, wenn es weiß, daß, wenn es nach bestem Wissen und Gewissen entscheidet, die Entscheidung doch heruntergerissen und gegen

sie Berufung eingelegt werden würde. Gerade die Transportarbeiter haben durch ihre maßlosen Angriffe auf das Schiedsgericht, welches den jahrzehntelangen Streit zwischen ihnen und den Brauern entschieden hat, gezeigt, daß sich kein Gewerkschaftler, der auf Charakter und Ehrgefühl hält, finden könnte, in ein solches Schiedsgericht einzutreten.

Genosse Umbreit, der Vertreter der Generalkommission, hob ganz richtig hervor, daß man diese Schiedsgerichte, die gebildet werden aus Gewerkschaftlern, welche die Parteien selbst bestimmen und die im praktischen Leben stehen, doch unmöglich in Vergleich stellen könne mit den bürgerlichen Gerichten, wo oftmals Männer urteilen, die in Klassenvorurteilen und Weltfremdheit stecken. Ein Vermittlungsvorschlag der Metallarbeiter, die Vorständekonferenz nicht als Berufungs-, sondern als Revisionsinstanz für Schiedsgerichtsurteile einzusetzen, fand schließlich die große Mehrheit des Kongresses. Die Schiedsgerichte entscheiden also endgültig. Nur wenn bei den Entscheidungen gewerkschaftliche Grundsätze verletzt worden sind, ist eine Revision zulässig und kann die Vorständekonferenz die Sache an dasselbe Schiedsgericht oder an ein anderes zurückverweisen.

An Stelle der Zentralorganisationen, Betriebsorganisationen zu schaffen, lehnte der Kongreß gegen die Stimmen der Fabrikarbeiter, Staats- und Gemeindearbeiter sowie der Brauerei- und Mühlenarbeiter ab. Das Verlangen, zur Grundlage der Gewerkschaftsbewegung die Betriebsorganisation zu machen, läßt sich heute und in absehbarer Zeit noch nicht durchführen. Die Gründe, die von einem Genossen des Staats- und Gemeindearbeiterverbandes für die Notwendigkeit der Organisierung aller Arbeiter in den Betrieben des Staates und der Gemeinden in den Staats- und Gemeindearbeiterverband vorgebracht wurden, waren für diese Organisationsform nicht zwingend. Wir werden ja durch die Existenz dieser Organisation nicht berührt, denn die einzige Textilfabrik, die sich bisher in staatlichem Besitz befand, die Flachsgarnspinnerei der Königl. Seehandlung in Landeshut, ist nun auch in die Hände des Privatkapitals übergegangen. Aber wenn dieser Betrieb noch Staatsbetrieb wäre und mit den Gründen, die in München geltend gemacht wurden, jene Spinnereiarbeiter für den Staats- und Gemeindearbeiterverband in Betracht kommen sollten, dann würde das von keinem Logisch denkenden Menschen verstanden werden. Was aber auf die Textilbetriebe zutrifft, das trifft zu auf die Metall-, Holz-, Leder- und sonstigen Betriebe unter staatlicher oder kommunaler Verwaltung.

Wir sind daher der Ueberzeugung, daß der Gewerkschaftskongreß mit seinem Regulativ das Richtige getroffen hat. Es ist gewiß durchaus löblich, daß alle Zentralverbände danach trachten, jeder für sich recht viel Macht zu akkumulieren. Aber alle sollen dabei nicht vergessen, daß die größte Akkumulation des einzelnen Verbandes im harmonischen Zusammenwirken aller Verbände liegt. Das hat der Münchener Gewerkschaftskongreß von neuem befestigt und darin liegt sein hoher Wert.

Die Internationale der Textilarbeiter.

II.

Am Schluß unseres ersten Artikels sagten wir in bezug auf die Stellung der englischen Textilarbeiter zu der gewerblichen Kinderausbeutung, praktisch verliere die Frage, wie sich jene Arbeiter zur Kinderarbeit stellen, an Bedeutung dadurch, daß die Kinderarbeit in England nun auch gesetzlich verboten wird. Als wir das niederschrieben, ahnten wir nicht, daß ungefähr in dieser Zeit, wo wir das niederschrieben, die Parlamentsvorlage, die der Kinderarbeit ein Ende machen sollte, durch zynische Manöver interessierter Kreise und, wie leider auch hinzugefügt werden muß, unter dem Weisfall kurzfristiger Arbeiter, zunichte gemacht worden ist. Die Vorlage war von dem Abgeordneten Demmann eingebracht worden und handelte über die Beschäftigung und Schulpflicht der Kinder. Ihre Bestimmungen waren bescheiden genug. Sie wollte das Schul-

wieder mithelfen! Sowohl, eins, zwei, drei war Willi aus den Decken heraus und vom Wagen herunter; auch den Strang konnte er losmachen, aber die Wagentür — nein, die konnte er nicht aufkriegen. Das mußte Friedrich tun mit dem Schlüssel, den er sich um den Hals gebunden hatte. „Ei, was noch das schön in dem Wagen nach frischem Brot! „Bist du hungrig?“ fragte Friedrich, und er holte ein ganz kleines Schwarzbrot aus der Ecke, brach es mit seinen starken Fingern mitten durch und gab ein Stück dem Pferde, ein Stück dem Jungen und ein Stück ab er selbst. „Ei, wie das schmeckt! Es war noch ganz frisch und flebrig und so warm, als wenn es eben aus dem Backofen gekommen wäre. Auch der Wagen war inwendig warm, und man konnte die kalten Hände darin wärmen. Aber schwapp, flog die Wagentür wieder zu, und dann ging es weiter, und hopp, hopp, hopp kletterte Friedrich hinauf, als der Wagen schon weiterrollte. — Ei, wie war es so schön, durch die frische Winterluft dahinzufahren! Wie leicht liefen die Räder, wenn es auf den Straßenbahnschienen dahinging! — Aber dann meldete sich die Straßenbahn, und sie mußten ausbiegen an den Rand der Straße. Tief schnitten die Räder in die Schneehaufen, die dort aufgetürmt lagen! Um die Ecke ging's langsam, daß nicht ein unachtsamer Wanderer umgerissen wurde, langsam, daß sie nicht aufgeschrieen wurden. Denn ein Schutzmann stand hier, immer nur an diesem Flecke, wo die Straßen im Kreuz zusammenliegen, und wo Wagen und Menschen und Radfahrer hin- und herüber und quer vorüber eilten. — „So, Willi, nun mußt du absteigen.“ sagte Friedrich, „es wird sonst zu dunkel!“ Da kletterte Willi herunter. Friedrich aber steckte die Wagenlaternen an und fuhr mit lustigem Peitschenknall davon. (F. Gansberg, Streifzüge durch die Welt der Großstadtkinder. Verlag B. G. Teubner, Leipzig.)

Fachgewerbliche Rundschau.

Was geht in der Textilindustrie vor?

Bericht über die Lage des Leinengarnmarktes. Die allgemeine Geschäftslage im Monat Juni war ruhig und stiller als im Vormonat. Neue Abschlüsse sind nur in sehr geringem

Umfange zustande gekommen, zumal auch die Spinner im Hinblick auf die ungeklärten Aussichten der russischen Flachsernte sehr zurückhaltend sind. Die Preise sind im allgemeinen fest und werden voraussichtlich in der nächsten Zeit noch etwas anziehen, weil der Abruf auf alte Schlässe für alle Gespinste vorzüglich ist und die Spinnereien durchweg bis zum Ende des Jahres mit Aufträgen reichlich versehen sind.

Bessere Aussichten für die Sticker. Auf den Pariser Messenplätzen, wo bekanntlich die neueste Kleidermode gezeigt wird, hat sich diesmal, dem „Confectionair“ zufolge, die elegante Damenwelt in Spitzen gezeigt. Auf der ganzen Linie herrschten die Spitzen. Zur Verwendung gelangen Chantillyspitzen, Spitzen und Spitzenstoffe aus Calais und Lyon. Plauen dürfte nach wohlberechtigter Ansicht des „Confectionairs“ diese Mode, die auch baldigst nach Deutschland übergreifen wird, sicherlich zu verwerten wissen.

Günstige Aussichten für Besätze. Dem „Manufakturist“ in Hannover berichtet in seiner Nummer vom 20. Juni sein Pariser Spezialberichterstatter, daß die neue Phantasiemode besonders Schnurstickereien, Kurbel- und Soutachestickereien, Samtapplikationen und Treffe sowie Posamenten berücksichtigen wird. Hoffentlich erfüllen sich diese erfreulichen Aussichten diesmal auch in vollem Umfange, so daß alsdann die Besatzfabrikanten nicht allein nur die Vorfreude, sondern auch die wertvollere Freude am wirklich eintretenden flotten Umsatz haben. Nachfolgend machen wir die Interessenten mit dem Artikel bekannt:

Die neue Mode ist eine Phantasiemode. Die Stickereien, die Applikationen, die Garnituren aus Treffe und Passementerie spielen darin eine mehr als bedeutende Rolle. Man kann behaupten, daß neun Zehntel aller Konfektion in dieser Weise verziert und garniert sind. Die Schnurstickereien stehen an erster Stelle; hauptsächlich für Tuch-, Blüsch-, Samt- und Velours de laine-Konfektion. Die Kurbelstickereien treten gemeinsam mit der Samtapplikation auf. Die Muster sind zierlich, ziemlich dicht, Arabesken, Blütengirlanden, einzelne Streamotive. Besonders an Capes und Mänteln verwendet man sehr breite Bordüren bis zu 25 Zentimeter. Soutachestickereien sind etwas seltener geworden, weil Schnurdeffins

feiner und zierlicher wirken. Alle diese Stickereien sind mit unwesentlichen Ausnahmen im Ton des Stoffes, auf den sie gearbeitet sind, gehalten. Treffen werden überreich verwendet. Die allerbreitesten Mohair- und Seidentreffen bilden Volants, die man oben leicht einzieht. Vielfach setzt man Treffen auch in regelmäßigen Abständen übereinander, genau wie früher die Bandbesätze; die schmalen oben, die breiten unten. An Mänteln, Paletots, Capes und Röcken finden wir Treffen drei- bis viermal übereinander abgestuft. Treffeneinfassungen kommen überaus häufig in der Kostümkonfektion vor.

Neu sind Trefferkrauschen, die wie gebrannte Kräuschen aussehen und als Randbegrenzung angehängt werden. Es ist ein schmaler glatter Treffestreifen, an den sich der getollte Treffestreifen fügt. Nur dieser schaut am Rand hervor; der glatte Treffestreifen wird auf der Rückseite des Kleidungsstückes aufgenäht. So begrenzt man neuerdings auch viele Kostümstücke am unteren Rand, ebenso die Säcken- und Capesränder.

Passementerien als Brandenburgverschmürung, als Motive, als Gürtel, als Grelotbördchen, oft zusammen mit schwarzen oder gefärbten Holz- und Zettperlen, spielen eine ganz große Rolle in der Mäntel-, Kostüm- und Bekonfektion. Auch Verschmürungen über Kreuz mit Quastenabschluß sind wieder überaus modern. Schließlich muß noch der Frotté-Stickereien gedacht werden. Es sind das die bekannten Schleifenstickereien, die jetzt viel auf Gürtelbändern oder als Bordüre angebracht werden.

Die Perlenstickereien mit Zettperlen, auch mit Pailletten sind ein Kapitel für sich. Man sieht solche Stoffe, überfät mit Perlen und Pailletten, für Ueberwürfe, für Schleppen, Voleros, Gürtel und für ganze Abendmäntel verwendet. Für den Winter und die Gesellschaftsmode haben Perl- und Paillettenstickereien eine mehr als gewöhnliche Bedeutung. Man kann von einer großen Perlstoffmode sprechen.

Preiserhöhung in der Tüllindustrie. Als ein günstiges Zeichen für die besseren Aussichten in der Tüllindustrie ist es anzusehen, daß infolge der zunehmenden Nachfrage nach Tüllstoffen die Tüllfabrik Sloba ihre Preise für bestimmte Fabrikate erhöht hat.

entlassungsalter auf 13 Jahre erhöhen, dabei aber bis 1917 noch die teilweise Beschäftigung vom 12. Jahre an (Halbzeitssystem) zulassen. Für die Beschäftigung im Straßenhandel sollte das Mindestalter der Knaben auf 15 und bei Mädchen auf 18 Jahre erhöht werden. Außerdem sollten die lokalen Behörden das Recht erhalten, das Schulentlassungsalter auf 15 zu erhöhen und obligatorischen Fortbildungsunterricht für Kinder unter 16 Jahren einzuführen. Schulkinder sollten zwischen 8 Uhr abends und 7 Uhr morgens überhaupt nicht gewerbsmäßig beschäftigt werden dürfen.

Da es außer Zweifel steht, daß eine Mehrheit für diese Vorlage im Unterhause aufgebracht werden kann, wurde allgemein erwartet, daß es gelingen würde, sie in dieser Session zum Gesetz zu erheben, obgleich sie keine Regierungsvorlage ist. Auch am Internationalen Textilarbeiter-Kongress in Blackpool haben die englischen Delegierten wiederholt die sichere Hoffnung geäußert, daß diese Vorlage Gesetz und damit der Schande des Halbzeit-systems in der Textilindustrie ein Ende bereitet werden würde. Als aber vor einigen Tagen die zweite Lesung zur Beratung stand, da zeigte es sich, daß eine kleine Gruppe von Abgeordneten entschlossen war, sie um jeden Preis zu vereiteln. Sie scheuten vor einer ausgesprochenen Obstruktionstaktik nicht zurück, um den raschen Fortschritt der Vorlage, der zu ihrer Gesetzgebung unerlässlich ist, zu verhindern; sie brachten absurde Amendementvorschläge und selbst einen Vertagungsantrag ein, um Zeit zu vertrödeln. Sie hatten den Erfolg, daß es zur zweiten Lesung nicht kam, und da sich die Regierung der Vorlage nicht annahm, ist sie jetzt gänzlich fallen gelassen worden.

Diese Manöver konnten natürlich nur gelingen, weil es bekannt ist, daß die Arbeiter eines großen Industriegebietes, wo die Kinderarbeit in der Form des Halbzeit-systems eine große Rolle spielt, nämlich in der Textilindustrie von Lancashire, sich hartnäckig gegen jede Beschränkung der Kinderarbeit sträuben. Es war bekannt, daß alle Parlamentsvertreter der Grafschaft Lancashire — Konervative, Liberale und Arbeiterparteiler — fast ohne Ausnahme die Vorlage bekämpfen würden, und unter diesen Umständen hatten die entschlossenen Reaktionen leichtes Spiel.

Diesen Reaktionen waren Lancashire und das Halbzeit-system nur ein willkommener Vorwand, um die vielen anderen Formen der Kinderausbeutung, die die englische Gesetzgebung noch duldet, zu retten. Nach zuverlässigen Erhebungen sind in Großbritannien nicht weniger als 577 321 Kinder unter 14 Jahren gewerbsmäßig beschäftigt. Davon sind 60 000 auf Grund der Fabrikgesetze — die bei hinlänglichem Schulzeugnis die volle Beschäftigung schon vom 13. Lebensjahre an zulassen — vollbeschäftigt; Maximalarbeitszeit in Textilfabriken 10, in anderen Fabriken 10½ Stunden täglich; 30 bis 34 Stunden in der Woche sind 34 533 Kinder vom 12. Jahre an beschäftigt. In Kohlengruben obertags und in anderen Bergwerken ver einzelt sogar auch untertags sind 4824 Kinder über 13 Jahren beschäftigt. Außerhalb des Wirkungsbereiches der Fabrik- und Berggesetze sind aber noch 164 590 Kinder von 12 Jahren an (in Irland schon mit 11 Jahren) vollbeschäftigt und 9372 Kinder teilweise beschäftigt. Endlich kommen aber noch 304 000 schulpflichtige Kinder hinzu, die nach den vollen- deten Unterrichtsstunden auf die verschiedenste Weise gewerbsmäßig beschäftigt werden.

Diese Zahlen zeigen, welches Verbrechen an der Kindheit noch zu sühnen, wieviel Versäumtes noch dringend nachzuholen bleibt. Das Schicksal dieser letzten Vorlage zeigt, daß um die Notwendigkeit, in erster Linie die Textilarbeiter von Lancashire selbst aufzuklären und sie von ihrem reaktionären Standpunkt abzubringen, nicht herumzukommen ist. Weder einzelne Abgeordnete, noch die Regierung sind geneigt, sich es bloß um des Fortschritts und der Menschlichkeit willen mit den Arbeiterwählern von Lancashire zu verderben.

Unter diesen Umständen gewinnt der Beschluß des Internationalen Textilarbeiter-Kongresses zu Blackpool zur Frage der Beseitigung der gewerblichen Kinderarbeit natürlich eine ganz andere Bedeutung. Er verlangt: Jede erwerbs-

mäßige Arbeit von Kindern unter 14 Jahren ist gesetzlich zu verbieten. Er verlangt also, daß die organisierten Textilarbeiter der Länder, wo die Kinderausbeutung noch besteht, an die gesetzgebenden Körperschaften die Forderung richten, die erwerbsmäßige Arbeit von Kindern unter 14 Jahren zu verbieten. Die englischen Textilarbeiterorganisationen haben nun alles aufzubieten, um ihre Mitglieder von ihrem bisherigen engherzigen Standpunkte abzubringen und zu veranlassen, von der Gesetzgebung zu verlangen, die gewerbliche Kinderarbeit zu verbieten. Wir hoffen, daß uns die englischen Kollegen in drei Jahren in Sachen der Beseitigung der Kinderarbeit ebenso Erfreuliches werden berichten können, wie sie uns auf dem Blackpooler Kongress Erfreuliches von der Wandlung ihrer Ansichten hinsichtlich des proletarischen Kampfes berichten konnten.

Gesetzgebung hat selbstverständlich dieser Beschluß für die gesamte Internationale; d. h. jede Landesorganisation hat die Pflicht, für die Durchführung des Beschlusses Sorge zu tragen.

Sehr eindrucksvoll war die Kundgebung für den Völkerrfrieden und für die Forderung, Streitfragen der Völker durch ein internationales Schiedsgericht zu erledigen. Und es waren nicht etwa politische, sondern rein wirtschaftliche Gründe, die zu dieser Kundgebung Veranlassung gaben. Die Textilarbeiter des Kontinents haben durch das Wüten der Kriegsurie auf dem Balkan und durch die monatelang drohende Gefahr eines allgemeinen Weltkrieges schweren wirtschaftlichen Schaden erlitten und waren daher verpflichtet, auf ihrem internationalen Kongress gegen die Bedrohung des Völkerrfriedens Front zu machen.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung sind die englischen Kollegen in bezug auf Resultate den kontinentalen erheblich voraus. Sie beschäftigen jetzt das Parlament mit der Forderung, die 48stündige Arbeitswoche zum Gesetz zu erheben. Diese Forderung beruht auf einer Urabstimmung der Mitglieder. Das ist sehr bedeutsam. Hier müssen sich die kontinentalen Textilarbeiter ihre englischen Kollegen zum Vorbild nehmen. Der freie Sonnabendnachmittag ist in England eingeführt. Von Sonnabend 12 Uhr mittags bis Montag früh müssen die Textilfabriken geschlossen sein. Als wir Sonnabends nach Schluß des Kongresses von Blackpool nach London fuhren, sind wir an zahlreichen Ortsschaften vorbeigefahren, wo sich die Bevölkerung bei Fußballspielen usw. im Freien tummelte. Es ist auch durchaus zu verstehen und zu begrüßen, daß die englischen Kollegen für die Forderung eintreten, den ganzen Sonnabend arbeitsfrei zu bekommen. Die Arbeiterin, die den Haushalt zu versorgen hat, braucht wöchentlich einen freien Tag, um alles in Ordnung zu bringen. Es ist doch ein ganz unerhörtes Verlangen, daß die verheiratete Arbeiterin keinen Sonntag zur Erholung haben soll. Um den Einwand der Unternehmer zu beseitigen, sie könnten aus Konkurrenzrücksichten der Forderung nicht zustimmen, muß die Arbeiterschaft der in Betracht kommenden Länder gemeinsam vorgehen, d. h. die Nacht schaffen, die Forderung durchzusetzen und zu halten. Entsprechend hat der Kongress beschlossen, indem er eine Resolution annahm, in der es hieß:

„Die Textilarbeiterschaft aller Länder ist verpflichtet, fortan die Forderung der Arbeitszeitverkürzung am Samstag bzw. die Forderung der gänzlichen Schließung der Betriebe für den Samstag zu einer ihrer Hauptforderungen zu machen, und wo es nur immer angeht, sie dem Unternehmertum wie auch der Gesetzgebung zu stellen; dem Unternehmertum, um die Gesetzgebung zu veranlassen, wirtschaftliche Eigenschaften auf dem Gebiete der Einschränkung der Arbeitszeit gesetzlich festzulegen, der Gesetzgebung, damit diese der Forderung widerstrebende Elemente im Unternehmertum zwingen, einer der wichtigsten sozialen Kulturforderungen Rechnung zu tragen.“

Damit man sich aber in keinem Staate auf die soziale Rückständigkeit anderer Staaten berufen könne, ersucht der Kongress die Regierungen aller Länder, sich behufs Verständigung in dieser Frage schleunigst miteinander in Verbindung zu setzen, damit gesetz-

liche Maßnahmen für die Verkürzung der Arbeitszeit bzw. für das gänzliche Geschlossenhalten der Textilbetriebe am Samstag in allen in Frage kommenden Ländern möglichst gleichzeitig getroffen und angewandt werden könnten. Auf diese Weise würde die von den Unternehmern der Textilindustrie in den verschiedenen Ländern für notwendig erachtete internationale Regelung der Arbeitszeit in kürzester Frist bewirkt werden können.“

Man komme nur nicht und lamentiere über frivole Forderungen der Arbeiter. Die Forderung der kürzeren Arbeitszeit ist keine frivole, sondern sie ist eine Kulturforderung ersten Ranges. Die kürzere Arbeitszeit war die mächtigste Triebkraft zur Förderung der Technik und damit zur Förderung dieser kolossalen Entwicklung der Waren- erzeugung. Jetzt, wo das Mehrstußsystem immer mehr um sich gegriffen hat, wo die Technik im Produktionsprozeß wahre Revolutionen hervorgerufen hat, da ist es mehr denn je nötig, dem Arbeiter eine größere Erholungszeit zu geben.

Wir haben in Preston eine große Baumwollfabrik, die 7000—8000 Personen beschäftigt, beschäftigten können. Da haben wir gesehen, welche ungeheure Fortschritte die Textiltechnik heute zu verzeichnen hat. Eine Anknüpfmaschine haben wir in Tätigkeit, die Ketten von 4000 Fäden in 10—12 Minuten anknüpfte. Weiter haben wir eine Geschirreinziehmaschine, die von einem 20jährigen Mädchen bedient wurde und eine Kette von 3700 Fäden in 11½ Minuten durch das Geschirr und Blatt zog. Auch selbständige Blattstichmaschinen haben wir in Tätigkeit. Das Geschirr wurde mit der Hand eingezogen, und zwar dergestalt, daß ein doppelter Einziehhaken benutzt wurde. Es wurde in ein vierwändiges Geschirr Taffetbindung eingezogen, wo zwei Fäden in einem Rohr sind. Die beiden Fäden wurden mit dem Doppelhaken, an dem der eine Haken für die hinteren beiden Geschirrwände länger war wie der für die beiden vorderen Wände, zugleich durch das Geschirr gezogen und über ein Messer geworfen, welches die beiden Fäden blitzschnell durch das Blatt zog und sofort durch das nächste Rohr des Blattes schnitt, um die nächsten zwei Fäden aufzunehmen.

Und in der Spulerei haben wir Handknüpfmaschinen, welche die Arbeiterinnen an die rechte Hand geschicklich tragen, und die es ermöglichen, zwei Fäden mit einer einzigen Bewegung nach vorwärts zusammenzuknüpfen. Es handelt sich um den „Barber Knotter“, von dem das Stück 105 Mark kostet. Es wurde uns gesagt, daß sich anfangs die Arbeiterinnen gestraußt haben, den Knoter an die Hand zu schnallen; jetzt will ihn aber keine entbehren. Das glauben wir, denn wir haben uns selber überzeugt, daß dies wirklich ein praktisches Instrument ist. Es leistet nicht nur die Arbeit viel schneller, sondern liefert auch viel bessere Kettgarne. Die Knoten sind alle fest und die Enden kurz abgeschnitten. Wer weiß, welche schrecklichen Schwänze an den Knoten heute ein Weber oft verarbeiten muß, wieviel zerrissene Kettfäden auf das Konto solcher schlechter Knoten zu setzen sind, der wird dieses kleine praktische Instrument, das in Manchester fabriziert wird, nicht hoch genug einschätzen.

So sehen wir also die riesenhaften Fortschritte der Technik in der Textilindustrie in allen Zweigen, und sehen damit die Berechtigung zu dem Verlangen, den Arbeitern die Arbeitszeit zu verkürzen. Auch in Deutschland müssen wir jetzt dazu kommen, daß die Textilarbeiter den freien Sonnabendnachmittag erhalten.

Dem Internationalen Komitee hat der Kongress den Auftrag erteilt, die Arbeitslosenfürsorge vorzubereiten. Es ist das eine dringliche Angelegenheit, die bis zum nächsten Kongress hinsichtlich der durchzuführenden Aktion zur Verständigung gebracht werden muß.

Die Debatte über die Unfälle und die Fabrikhygiene zeigte, daß leider für die deutschen Textilarbeiter auf diesem Gebiet noch sehr mangelhaft gesorgt ist. Bis jetzt gelang es in Deutschland noch nicht, wie in England, die Regierung für die Fabrikhygiene der Tex-

textilindustrie in Indien. Die kürzlich in Paris abgehaltene Komiteesitzung des Internationalen Verbandes der Baumwollspinner und Webervereinigungen, auf welcher sämtliche Länder (vom Deutschland Direktor Walter von der Hannoverischen Baumwollspinnerei und Weberei Linden) vertreten waren, nahm den Bericht des Sekretärs, Herrn Arno Schmidt-Manchester, über dessen letzte Studienreise nach Indien entgegen. Es soll unter den Auspizien des Verbandes unter dem Namen „The International Cotton Spinners Experimental Indian Plantation Limited“ mit einem Kapital von 60 000 Pfund Sterling eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet werden, um die Baumwollkultur in Indien, zu deren Ausdehnung und Verbesserung der „Internationale Verband der Baumwollfabrikanten“ von der Punjabregierung eine Konzession von 7500 Acres Land auf die Dauer von vorläufig 20 Jahren unentgeltlich erhalten hat, rationell betreiben zu können. Dann soll eine Musterplantage geschaffen werden. Die neue Gesellschaft ist gebunden, den Ueberschuß, nachdem 10 Proz. für das Jahr als Nutzen verbleibt, gerechnet auf einen Durchschnitt von 5 Jahren an die Punjab-Regierung abzuführen. — Der Bericht des Sekretärs der „Internationalen Baumwollfabrikanten-Vereinigung“ weist in eingehender Weise und unterstützt durch ein reiches Zahlenmaterial auf die zwingende Notwendigkeit für die Baumwollindustriellen aller Länder darauf hin, sich von Amerika unabhängig zu machen und die Baumwollkultur in anderen Ländern, besonders aber als sehr aussichtsvoll in Indien zu fördern.

Kyoto statt Yokohama das zukünftige Seidenzentrum Japans. Wie bereits mitgeteilt, hat jetzt die Seidenausfuhr nach Europa über Sibirien begonnen. War bisher Yokohama das japanische Seidenzentrum, so läuft es jetzt Gefahr, daß ihm dieser Vorteil von Kyoto entzogen wird, denn nachdem die Ausfuhr über Sibirien erfolgen kann, liegt für den südlichen Teil Japans Kyoto viel vorteilhafter als Yokohama, weil von ersterem die Schiffsverladung direkt nach Wladivostok erfolgen kann, während über Yokohama außer der

Bahnfracht bis Yokohama noch solche von Yokohama bis Tsuruga hinzukommt. Infolgedessen ist die Vereinbarung mit Rußland dahin ergänzt, daß die Verschiffung anstatt in Tsuruga auch in Kyoto zum gleichen Satze erfolgen kann. Dies ist besonders für die Seidenindustrie des Kwansai-Distriktes von großem Vorteil. Hierzu kommen noch die Spinnereien des San-in-Distriktes, die Rohseidenindustrie von Shiga und Miye und deren Umgebung, denen durch direkte Verladung in Kyoto der Geld und Zeit raubende Umweg über Yokohama erspart wird. In richtiger Erkenntnis dieser veränderten Sachlage haben eine Anzahl erstklassiger Seidenhändler in Yokohama beschlossen, ihren Geschäftssitz nach Kyoto zu verlegen. Die japanische Rohseide geht hauptsächlich nach Nordeuropa und wird durch die Vereinfachung und Beschleunigung des Seidentransportes über Sibirien auch ein Aufschwung der nordeuropäischen Seidenindustrie erwartet. Rußland hat in dieser Erwartung und um Moskau zum Zentralpunkt für Nordeuropa zu machen, in dieser Stadt große Lagerhäuser errichtet, die als „zollfreies Lager“ behandelt werden.

Historische Ausstellung der Vergischen Wandindustrie Ronndorf 1914. In mehreren Sitzungen mußte sich der Ausstellungsausschuß wieder mit der leidigen Maßfrage befassen. Ronndorf besitzt keine für größere Ausstellungen geeigneten Räumlichkeiten. Auch der angemietete Saal des „Reichs-Hofes“ konnte den Raumansprüchen der Ausstellungskommission nicht genügen. Ein von der hiesigen Baufirma H. E. Lange projektierte wetterfester Hallenanbau nach der Gartenseite des Ausstellungslokales hin, durch den die vorhandenen Räume um mindestens das Doppelte erweitert werden, wurde in den beiden letzten Ausschüßsitzungen aufs eingehendste erörtert und genehmigt. Der Schritt hierzu, so wesentlich er den Ausstellungssatz belastet, war erforderlich, wenn man sich nicht leichtsinnig darüber hinwegsetzen wollte, daß anders eben eine Menge mit großer Müheaufwendung hergeschaffter historischer Gegenstände der Ausstellung entzogen werden mußte. Durch die nun so geschaffene Situation, welche nach keiner Seite hin noch Einschränkung erfordert, werden die verschiedenen Gruppen für den Aus-

stellungsbesucher aber auch erheblich an Ansehen gewonnen haben, denn ein großer Teil dieser Besucher achtet nicht allein darauf, was er sieht, sondern auch wie er es sieht, was dann auf die öffentliche Stimmung einen nicht zu unterschätzenden Einfluß ausübt.

Sodann können wir noch von erfreulichen, fast unerwarteten Resultaten der Musterammlungskommission berichten. Da diese Kommission zu Anfang dieses Jahres noch immer auf erhebliche Schwierigkeiten stieß, kann dieselbe heute schon mit Stolz und größter Befriedigung auf ihre Erfolge zurückblicken. Aber nicht allein diese, sondern alle in Betracht kommenden Abteilungen der Ausstellung haben sich weit über ihren ursprünglich gedachten Rahmen hinaus entwickelt, so daß man bei Eröffnung der Ausstellung jedenfalls die Gewissheit haben darf, hier wirklich etwas Ganzes geschaffen zu haben.

Neue Uniformen der preussischen Armee. Die preussische Seeresverwaltung hat, wie oben bekannt wird, die Absicht, für die gesamte Armee einen neuen einheitlichen Grundstoff für die Hosen der Offiziere und Mannschaften einzuführen. Der sowohl für die Kriegs- wie für die Friedensbekleidung bestimmte Stoff wird einen grauen Farbenton haben, der von dem der bisherigen Kriegsbekleidung abweicht. Auch das feldgraue Rocktuch erhält einen etwas anderen Ton. Das Kriegsministerium erstrebt bei dieser Gelegenheit auch die Beseitigung der den bisherigen Stoffen anhaftenden Mängel. Farbenproben der neuen Tuche werden in etwa vier Wochen beim Bekleidungsamt des Gardekorps zu haben sein.

Aus der Tuchindustrie der westlichen Niederlande. Eine Schätzung der in dem Kammerbezirk von der Tuchindustrie angefertigten Waren ergibt für das Jahr 1913:

für Cottbus	ca. 230 000 Stück im Werte von 50 000 000 Mk.
„ Spremberg	180 000 „ „ „ 22 500 000 „
„ Finsterwalde	20 000 „ „ „ 3 500 000 „
„ Peitz	8 000 „ „ „ 1 750 000 „

zusammen im Handelskammerbezirk demnach 438 000 Stück im Werte von 77¼ Millionen Mark.

tilarbeiter zu interessieren. Dafür hat man bei uns keine Zeit. Man muß ja Pontius und Pilatus in Bewegung setzen, um eine gemeinnützige Gesellschaft, wie die „Volkspflege“ der freien Gewerkschaften und Genossenschaften, soviel wie möglich an der Wirksamkeit zu hindern. Auch muß man Denkschriften ausarbeiten über den angeblichen Terrorismus der Gewerkschaften, man muß Polizeiverordnungen gegen das Streikpostenstehen ausbrüten und die Gewerkschaften durch Schikanen aller Art fühlen lassen, daß sie weder bei den Kapitalisten, noch bei der kapitalistischen Regierung auf Entgegenkommen zu rechnen haben.

Da ist es vielleicht ganz gut, wenn wir am Schlusse unserer Betrachtungen einer Rede gedenken, die ein englischer Textilindustrieller vor den kontinentalen Delegierten des Internationalen Kongresses hielt. Es war Sir Frank Hollins, der Leiter der großen Baumwollfabrik in Preston, die von den Delegierten besichtigt worden war. In der Erwiderung auf die Dankesworte, die Kollege Hanusch-Wien namens der Delegierten für die Aufnahme der Firma aussprach, sagte der genannte Industrielle:

Er sei sehr erfreut gewesen, als er von den Herren Shaw und Robinson das Schreiben erhalten habe, in dem um die Besichtigung der Fabrik ersucht wurde, weil das Schreiben ausgegangen sei von Leuten, die nicht nur persönlich die größte Achtung verdienen, sondern die auch eine Bewegung vertreten, die die Achtung aller Unternehmer besitzt. Er spreche die Ansicht aller anwesenden Unternehmer aus, — es waren noch vier weitere Unternehmer, darunter der Vorsitzende des englischen Spinnerereientnehmerverbandes — wenn er sage, daß zwischen Unternehmern und Gewerkschaften immer ein gutes Einvernehmen geherrscht habe. Auf der gegenseitigen Achtung von Unternehmern und Gewerkschaften beruhe die Prosperität der Lancashire Baumwollindustrie. Er verstehe es sehr wohl, daß die Textilarbeiter aller Länder Fühlung miteinander nehmen. Er wünsche dieser Bewegung gutes Gedeihen im Interesse der Textilarbeiter.

So Sir Frank Hollins.

Bei uns läuft sich die Regierung Blutblafen, um den Scharfmachern in der Niederbekämpfung der Gewerkschaften zu Gefallen zu sein, und in England da sagten die Textilunternehmer an jenem Tage, wo die Fabrik besichtigt wurde, zu unserem Ueberseher, Genossen De Man, starke Gewerkschaften und Tarifverträge seien für die englische Textilindustrie von großem Wert. Mit dem einzelnen Arbeiter könnten sie nichts abmachen, der biete ihnen keine Gewähr, daß er die Abmachungen halte. Anders sei es mit der Gewerkschaft; die sorge peinlich dafür, daß Abmachungen gehalten werden.

Weiter sagten die Unternehmer, sie begrüßten die Gewerkschaften, sie seien eine Macht gegen den Krieg und die Rüstungen. Die Textilindustrie aller Länder benötige nichts dringender, wie den Frieden und das Aufhören der fortgesetzten Beunruhigung der Völker durch die Rüstungsindustrie.

Diese Ausführungen sind schallende Ohrfeigen für unsere deutschen Unternehmer, die mitten im Fahrwasser der Imperialisten und Kriegshetzer segeln und damit die geschäftliche Lage der Industrie nicht zur Gesundung kommen lassen. Auch das konnten die englischen Unternehmer nicht verstehen, daß man in Deutschland den Organisationen der Arbeiter, oder auch Personen aus dem Unternehmerstande, die Besichtigung der Betriebe verweigert. Vor drei Jahren wurde die Firma Geret v. Delden in Gronau erjucht, den von Münster am kommenden Delegierten des Internationalen Textilarbeiter-Kongresses die Besichtigung ihres Betriebes zu gestatten. Das wurde rundweg abgelehnt. Damit vergleiche man das Verhalten der Firma Messrs. Horrocks, Crewdson u. Co. in Preston. Der 11. Juni 1914, der Besichtigungstag jener Fabrik, wird den Teilnehmern nicht nur eine liebe Erinnerung, sondern auch ein Ansporn sein zu dem Streben, den Textilarbeitern des Kontinents an Achtung und Ansehen das zu erkämpfen, was sich die englischen Textilarbeiter bereits erkämpft haben.

Wir bitten die Kollegen und Kolleginnen in Deutschland, ihr Bestes zu tun auf allen Gebieten des Textilarbeiterkampfes, um in drei Jahren in Lyon berichten zu können, daß die deutsche Armee in der Textilarbeiter-Internationale nach der gezeichneten Richtung hin erhebliche Fortschritte zu verzeichnen hat.

Ein Spiegelbild der Lage der Arbeiter.

II.

Von Streiks ist diesmal nur einmal die Rede. Der Bericht darüber lautet:

„Ein bedeutender Streik mit daran anschließender Aussperrung brach in der Textilindustrie in Bocholt aus, in der etwa 6000 Arbeiter während 5½ Wochen verdienstlos wurden. Der Streik entstand dadurch, daß eine seit längerer Zeit vom christlichen Textilarbeiterverbande geleitete Lohnbewegung in einer Weberei zur Kündigung seitens der Arbeiter führte. Als Antwort hierauf erfolgte sofort von der Arbeitgebervereinigung in 58 Textilbetrieben in Bocholt, Rhede und Loida die Kündigung mit der Maßgabe, daß nach zwei bis drei Wochen sämtliche Betriebe der vereinigten Arbeitgeber stillsetzen würden. Auf Ansuchen beider Parteien führte der Berichterstatter längere Verhandlungen zwecks Weilegung der Aussperrung. Seine vielfachen Bemühungen blieben zunächst ohne Erfolg. Der Friede wurde später aber doch ungefähr auf Grund der von ihm mit den Parteien besprochenen Grundlage geschlossen, deren Hauptpunkte waren, daß diejenigen Lohnsätze, die zu niedrig waren, nach Rücksprache mit dem Arbeiterausschuß erhöht werden sollten, daß in den Arbeitsräumen Lohnlisten auszuhängen seien, daß die Bezahlung möglichst nach einem Grundlohn erfolgen solle, und daß eine wöchentliche Lohn- oder Abschlagszahlung eingeführt werde. Die Arbeiter hatten auf eine 15prozentige Lohnerhöhung gehofft; sie haben ungefähr 5 Proz. erzielt. Diese Erhöhung in Verbindung mit der wohlwollenden Erledigung der übrigen Punkte seitens der Arbeitgeber hat die Arbeiterschaft im allgemeinen befriedigt.“

Die Christen sind genügsam, wenn sie den ausschlaggebenden Faktor bilden.

Um Sitzgelegenheit für die Arbeiterinnen haben sich die Beamten vielfach bemüht; wie dem das Profitinteresse der Unternehmer gegenübersteht, beweist folgender Bericht aus dem Bezirk Münster, den wir allein wiedergeben, da sich die Berichte durchweg sehr ähneln; der Bericht besagt:

„Von den rund 15 000 Arbeiterinnen, welche in den Fabriken arbeiten, entfallen etwa 13 800 auf die Textilindustrie. Diesen wird während der Arbeit nur wenig Gelegenheit zum Sitzen gegeben. Die geringe Sitzgelegenheit erklärt sich in den Spinnereien und Webereien aus der Natur der Betriebe. Die ununterbrochene Beobachtung der Maschinen ist notwendig, um jede Störung sofort wahrzunehmen und unverzüglich zu beseitigen. Wie wichtig diese scharfe Beobachtung ist, ergibt sich daraus, daß bei gleichen Affordrängen und sonst gleichen Verhältnissen eine unachtsame und fleißige Arbeiterin mehr als doppelt soviel verdienen kann wie eine unachtsame. Seit Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiterinnen sind die Arbeitgeber bestrebt gewesen, die Tourenzahl der Maschinen, wenn irgend angänglich, zu erhöhen, um den Ausfall an Arbeitszeit durch vermehrte Produktion auszugleichen. Die Einführung von Sitzgelegenheit würde in der Textilindustrie heute noch größere Schwierigkeiten haben, als sie schon früher bot.“

Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen läge schon die vermehrte Sitzgelegenheit. Schon besser wäre es, wenn die Arbeiterinnen sich während der durch die Art des Produktionsprozesses bedingten Pausen setzen könnten.

Ein besonders reichhaltiges Kapitel bietet die Wohnungsfrage. Die Zahl der Fabrikwohnungen und damit die Abhängigkeit der Arbeiter hat sich bedeutend vermehrt. Aus dem Bezirk Stade wird darüber berichtet: „Eine Tauwerkfabrik hat im Jahre 1913 acht Zweifamilienhäuser errichtet, während sie schon 53 besaß, in denen 203 Personen oder rund 50 Proz. der gesamten Belegschaft wohnten. Eine Wollkammerei besitzt 43 Familienwohnungen. 450 Arbeiter oder etwa 50 Proz. der Arbeiterschaft einer Jutefabrik wohnen in deren 133 Familienwohnungen, die sich auf 44 Häuser verteilen.“

Ähnliche Meldungen liegen aus fast allen Bezirken vor; wir wollen auch deshalb nur noch das Glendbild anfügen, das der Beamte für den Bezirk Breslau von dem schlesischen Kreis Reichsbach entwirft, dessen Arbeiterschaft fast durchweg der Textilindustrie angehört:

„In Reichsbach und seiner industriereichen Nachbarschaft bestand die Wohnung früher regelmäßig und auch jetzt noch vielfach in „der Stube“, die Wohnraum, Küche und Schlafraum vereinigt. Dieser Zustand gilt nicht nur für kleine Haushaltungen, sondern auch für kinderreiche Familien, die zu fünf, sechs und mehr Köpfen in einem einzigen Raume hausen. Tritt zu der Stube mit etwa 20 bis 30 Quadratmetern eine Kammer, so ist diese meist so klein (8 bis 10 Quadratmeter), daß darin nur zwei Betten Platz finden. Das Zubehör (Beigelaß) ist oft recht knapp. Keller sind vielfach nicht vorhanden; an ihre Stelle treten Schuppen auf dem Hofe. Die Bodenräume sind klein, weil die Ausnutzung der Häuser für Wohnzwecke denkbar weit getrieben wird und sich häufig vorchriftswidrig bis unter das Dach erstreckt. Es herrscht also ausgesprochen Wohnungsüberfüllung. In den Wohnungen ist häufig so viel Hausrat angehäuft, daß auch noch die Treppenture damit besetzt werden müssen. Der Jahresmietpreis für kleinere Stuben beläuft sich auf 50 bis 70 Mk., für kleine Stuben mit Küche oder für eine größere Stube auf 80 bis 90 Mk.; tritt dazu noch eine Kammer, so sind je nach Lage 100 bis 130 Mk. zu zahlen. Die Folgen des engen und schlechten Wohnens sind recht tiefgreifend. Sie drücken sich auch in der Uebersicht aus, die für das Textilarbeiterdorf Langenbielau gilt.

Jahr	Einwohnerzahl	Geburten insgesamt	eheliche Geburten	uneheliche Geburten	Säuglingssterbefälle	Säuglingssterbefälle in % der Geburten
1	2	3	4	5	6	7
1908	18 958	715	591	124	236	93,0
1909	18 786	599	478	123	176	29,4
1910	19 007	616	475	141	145	23,7
1911	18 798	602	457	145	198	32,9
1912	18 399	510	395	115	113	22,1
1913	17 941	505	?	?	138	26,9

Insbesondere wird die hohe Säuglingssterblichkeit von einem beamteten Arzt auf Grund eingehender örtlicher Untersuchungen zu einem wesentlichen Teile auf die engen Wohnungen und die Wohnungsüberfüllung zurückgeführt. Ähnliches gilt für die hohe Ziffer der unehelichen Geburten. Die umfassende gewerbliche Tätigkeit namentlich der verheirateten Frauen in der Textilindustrie bringt es weiterhin mit sich, daß der Sinn für eine geordnete Häuslichkeit nicht aufkommen kann. Die Frau hat nie Gelegenheit gehabt, zu lernen, mit geringen Mitteln einen geordneten Hausstand zu führen, und dies Glend setzt sich in ihren Töchtern fort.“

Die letzten Bemerkungen sind ja ein bißchen durch die kapitalistische Brille gefärbt, aber im übrigen hat der Beamte doch ein zutreffendes Bild von dem Glend der schlesischen Textilarbeiterchaft entworfen. Leider fehlt die entsprechende Kritik der geradezu zum Himmel schreienden Tatsachen. Schuld daran ist das kapitalistische System, das sich — um mit Lassalle zu reden — nicht mit der Ausbeutung der Männer bis auf den letzten Punkt begnügt, sondern seinen Profit hunger auch an den Frauen und Kindern stillt.

Durch heraustragende Webeschiffchen ereigneten sich im Bezirk Münster wiederum mehrere schwere Unfälle. Eine jugendliche Arbeiterin in einer Weberei verlor durch ein Schiffchen ein Auge, obgleich der Webstuhl mit einer vorschriftsmäßigen Schutzvorrichtung versehen war. Die genauere Untersuchung des Falles ergab, daß die Form der vorderen Ladebacke der rechten Seite des Stuhles die Veranlassung zu dem Unfall gewesen ist. Hieraus ließen Beschädigungen schließen, die offenbar durch häufiges exzentrisches Anschlagen des Webeschiffchens hervorgerufen worden waren. Die Ladebacke wurde derart umgeändert, daß ein Herausfliegen der Schiffchen nicht mehr zu befürchten ist.

Anderer Bezirke berichten nicht über dergleichen. Arbeiterschutzmaßnahmen bringen kein Geld, deshalb weg damit.

In einer großen Gebildweberei des Bezirks Minden war vor einigen Jahren, ohne daß auf den Besitzer behördlicherseits eingewirkt war, da hierzu nach Lage der Dinge kein

Anlaß vorlag, eine gut wirkende Staubabjaugung unter Anwendung erheblicher Kosten eingerichtet worden. Als nun nach dem Tode des Besitzers die Fabrik in andere Hände überging, zeigte der neue Betriebsinhaber so wenig Verständnis für derartige dem Gesundheitsschutz der Arbeiter dienende Einrichtungen, daß er die Entstaubungsanlage ohne weiteres beseitigen ließ.

Das Verständnis für gesundheitliche Maßnahmen muß den Fabrikanten erst überall durch die Organisation und die Gesekegung eingebleut werden. Der Beamte für Münster sagt, daß an die regelmäßige Beseitigung des Staubes von dem Gebälk, den Transmissionen usw. namentlich in den Webereien und Rauhereien des öfteren erinnert werden mußte.

Durch heiße Farbbrühe wurden im Bezirk Frankfurt a. O. drei Arbeiter verbrannt, die an einem Farbapparat neuen Systems beschäftigt waren. Er besteht aus einem länglich runden, durch eine senkrechte Querwand in zwei Kammern geteilten Holzbottich, in dem die zu färbende Wolle lagert. Die Kammern sind oben mit gelochten Blechen verschlossen. Eine zweiflügelige Schraubenpumpe drückt von unten die heiße Farbbrühe abwechselnd aus einer Kammer durch die Wolle hindurch nach der anderen. Um einen besseren Kreislauf zu erzielen, hatte der Erbauer einen dritten Flügel in die Pumpe eingebaut. Dadurch wurde der Druck so stark, daß die Wolle sich gegen den oberen Siebboden stark anprekte und einen Druckausgleich erschwerte. Mangels ausreichender Verankerung hatten sich gleichzeitig die Holzwände des Bottichs geworfen, wodurch die Trennungswand ihren Halt verlor. Sie drückte sich seitlich heraus und sprengte dabei die Verschlüsse des oberen Siebbodens, so daß die unter Druck stehende heiße Farbbrühe weit umherspritzte. Zur Verhütung ähnlicher Unfälle wurden im Zuführungsrohr an jeder Apparateite ein Sicherheitsventil, ferner kräftige Verankerung und Verankerung der Holzwände und endlich über den ganzen Bottich hinweg zwei starke Längsbalken angeordnet, die in jedem Fall den Druck der Siebböden aufzunehmen vermögen.

Die Arbeiter wollen nicht baden, deshalb wollen viele Fabrikanten von der Herstellung einer Badeeinrichtung nichts wissen; daß eine solche Behauptung durchaus nicht den Tatsachen entspricht, beweist ein Bericht des Beamten für den Bezirk Potsdam:

„Einer Weberei war im Vorjahr die Schaffung von Badegelegenheit durch polizeiliche Verfügung aufgegeben; die Firma hatte, wie dies häufig geschieht, neben anderen Einrichtungen auch das Baden geltend gemacht, daß diese Einrichtungen nicht benutzt werden würden. Nach Fertigstellung der Anlage, die erst erreicht wurde, nachdem eine Beschwerde an den Minister für Handel und Gewerbe abgelehnt war, ergab eine Zählung, daß bei einer Belegschaft von etwa 560 Arbeitern in den ersten zehn Monaten des Berichtsjahrs insgesamt 9727 Bäder verabfolgt worden waren, und zwar entfielen im Durchschnitt auf jeden männlichen Arbeiter rund 21, auf jede Arbeiterin 16 Bäder.“

Welchen Gefahren die Arbeiter ausgesetzt sind, zeigt folgende Bemerkung des Beamten für Münster:

„Milzbranderkrankungen kamen nicht vor; jedoch mußte in einem Falle zur Verhütung dieser Krankheit eingeschritten werden. Eine Weberei benutzte nämlich das milzbrandverdächtige Wasser eines Koffes, in welchen eine Zellzubereitungsanstalt ihre Abwässer leitete, zur Kesselspeisung und zur Luftbefeuchtung in ihrem Betriebe. Die letztgenannte Verwendung, die glücklicherweise sehr schnell zur Kenntnis des Gewerbeaufsichtsbeamten gelangte, wurde sofort abgestellt.“

Im Bezirk Posen trat in einer Kofhaarweberei ein leichter Fall von Milzbranderkrankung auf und im Bezirk Lüneburg starb ein in einer Kofhaarweberei beschäftigter Arbeiter an Milzbrand.

Bei den Revisionen gewerblicher Anlagen wurden im Bezirk Liegnitz 2093 ausländische Arbeiter angetroffen, von denen 1807 männlichen und 286 weiblichen Geschlechts waren. Vorwiegend waren es Galizier, Russen, Ruthenen, Polen und Italiener, die in Steinbrüchen, in Glasfabriken und in der Textilindustrie beschäftigt wurden. Diese Fremden haben zweifellos einen ungünstigen Einfluß auf die Lohnverhältnisse und die wirtschaftliche Lage der einheimischen Arbeiter.

Der Beamte gesteht also zu, daß die Unternehmer, was uns ja bekannt, die ausländischen Arbeiter ausschließlich als Lohndrücker benutzen.

In Maaßen ist die Zahl der Heimarbeiter von 8934 auf 8371 gesunken. Ursache: Die schlechte Lage der Tuchindustrie.

Die in Stolp (Bezirk Köslin) heimische Hausindustrie der Hoch- und Lanquetten-Stickerei (sogenannte Madeira-Arbeit) erlitt einen verhältnismäßig starken Rückgang teils aus Mangel an Aufträgen, teils infolge der Einführung von Maschinen statt der Handarbeit. Es sind dabei aber keine Klagen über Arbeitslosigkeit laut geworden; vermutlich haben die Arbeiterinnen reichlich so gut lohnende andere Arbeit gefunden, wozu allerdings nicht viel gehören würde, da die Stücklohnätze für die Stickereien — soweit sich darüber ein Urteil gewinnen ließ — außerordentlich niedrig erschienen.

Heimarbeiter mindert die Solidarität der Arbeiter und gibt dem Unternehmer Gelegenheit zu besonderen Lohnabzügen, das bestätigt der Beamte für Minden, in dessen Bericht es heißt, daß auch beobachtet worden ist, daß den Hausarbeiterinnen ein geringerer Lohn für die gleiche Arbeit gezahlt wird wie den Fabrikarbeiterinnen, und zwar stuft sich der Lohnsatz oft nach dem Wohnorte der Hausarbeiterinnen ab; die in der Stadt wohnenden erhalten mehr als die in ihrer Umgebung ansässigen, und den geringsten Lohn bekommen die noch weiter ab auf dem Lande wohnenden. Es kommt auch vor, daß die Hausarbeiterinnen selbst einander unterbieten und dadurch die Löhne heruntersinken, was um so leichter möglich ist, als die einzelne Arbeiterin mit ihren für denselben Arbeitgeber beschäftigten, von ihr aber vielleicht weitab wohnenden Berufsgenossinnen nicht in Berührung kommt.

Heimarbeiter verdienen im Gewerbeinspektionsbezirk Sirschberg a. Schl.: Spuler 1,50 bis 2,50 Mk. pro Woche, Handweber 3,50 bis 5,50 Mk. pro Woche. Die Löhne der Hausarbeiter stehen unter den Fabrikloöhnen und zum Teil stehen sie, wie im Falle der Spuler und Weber, in keinem Verhältnis zur Arbeitsleistung. Diese Bemerkung macht der Gewerbeinspektor zu seinem Bericht. Wie möchten sie erweiteren und hinzufügen, daß der Lohn und namentlich in der Textilindustrie nicht in einem gesunden Verhältnis zur

Arbeitsleistung steht. Will man das ändern, so bedarf man der Organisation. Ohne Organisation kein Fortschritt. Ohne Organisation keine Beseitigung der vielen in der Textilindustrie vorhandenen Mängel. Die Gewerbeaufsicht allein genügt nicht. Deshalb: Organisation, Organisation und nochmals Organisation ist die Grundbedingung zum Aufstieg aus der gegenwärtigen Zeit der Knechtschaft, der Qual, der Erniedrigung und der Unterdrückung.

Franz Feldmann.

Ein Opfer der Ueberstundenschinderei.

Der Weber Schmidt bei der Firma C. G. Wäßler in Werdau hat in der Nacht vom 2. bis 3. Juli bei der Ueberstundenschinderei seinen Tod gefunden, ohne daß die noch mit ihm beschäftigten zwei anderen Weber wissen, wie das zugegangen ist. Den Schmidt hat man früh 5 Uhr tot in der Kette liegend aufgefunden und der um 7 Uhr erschienene Gerichtsarzt hat als Todesursache Gehirnschlag festgestellt. Gesund und munter hatte Schmidt am 2. Juli abends seine Familie verlassen und am 3. Juli früh wurde er auf einem Handwagen als Leiche seiner Familie wieder zurückgebracht. Es entsteht die Frage: „Wie ist dieser Vorgang möglich gewesen?“ Zur Aufklärung diene deshalb folgendes: Die Firma C. G. Wäßler hat in ihrem Betrieb 205 Webstühle stehen. Jeder Webstuhl hat seinen elektrischen Motor, wodurch es möglich ist, daß einzelne Weber arbeiten können, ohne daß ein Transmissionsbetrieb erforderlich ist. Aber gerade dadurch entstehen für die beschäftigten Weber und Weberinnen Zustände, die, wie der Tod des Webers Schmidt beweist, die Arbeiter zu ganz besonderer Vorsicht ermahnen sollten. Schon am 30. September 1912 sah sich unser Geschäftsführer veranlaßt, dieser Sache wegen an die Firma ein Schreiben zu richten, in welchem auf verschiedene Gefahren für die Arbeiter innerhalb des Betriebes hingewiesen wurde. In dem Schreiben wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß die Nacht- sowie Ueberstundenarbeit der Firma leicht manche Verantwortung verursachen könne, denn es komme vor, daß nachts nur ein, zwei, drei oder auch vier Weber arbeiten, diese seien aber so verteilt, daß der eine den anderen nicht sieht und hört; es könne doch sehr leicht vorkommen, daß diesem oder jenem Weber ein Unfall passiert, sei es durch Herauspringen der Schützen, oder durch sonst etwas, oder auch, daß der oder jener plötzlich von einer Krankheit befallen wird, dann könne dem Verunglückten bzw. Kranken keine Hilfe geleistet werden, weil es eben von den noch mitbeschäftigten Webern nicht beachtet worden ist. Erst früh morgens, beim Antritt der Tagesarbeiter, würde es bemerkt werden, wo dann die Hilfe vielleicht schon zu spät komme. Wer trägt dann die Schuld und die moralische Verantwortung für den Tod? Die Verantwortung dieser Frage ist damals in dem Schreiben nicht erfolgt, aber es ist klar ersichtlich, daß unter solchen Umständen die Verantwortung auf die Firma fällt. Auf diese Gefahr wurde also am 30. September 1912 die Firma aufmerksam gemacht und am 3. Juli 1914 hat sich leider tatsächlich ein derartiger Fall abgepielt. Die Firma hat die in jenem Schreiben geschilderten Zustände bestehen lassen. In der Nacht vom 2. bis 3. Juli mußten nun wieder drei Weber ohne irgendeine Beaufsichtigung Nachtschicht machen. Der Weber Schmidt hatte am 2. Juli schon von früh 6 bis Mittag gearbeitet. Da die Nachtschicht abends um 6 Uhr begann und bis früh 6 Uhr dauerte, kam für ihn inklusive der Pausen wohl eine 18stündige Arbeitszeit in Frage. Nun muß aber noch berücksichtigt werden, daß gerade an diesem Tage und auch in der Nacht eine große Hitze herrschte. Der dem Schmidt am nächsten beschäftigte Weber war drei Reihen und zehn Stühle entfernt. Früh in der fünften Stunde hörte dieser Weber bald einmal ein Schimpfen, bald einmal ein Schreien, schenkte dem aber keine besondere Beachtung. Erst als er einige Zeit später hörte, daß Schmidts Webstuhl stillstand, der Motor aber noch jurrte, ging er hin und fand den Schmidt tot rücklings in der Kette liegen. Da nun aber der dritte Weber bereits nach Hause gegangen war, befand sich der noch anwesende Weber mit dem Toten allein in dem großen Betrieb. Er mußte warten, bis jemand kam, um diesem die Meldung zu machen.

Das sind ja unerhörte Zustände! Was sagt die Aufsichtsbehörde dazu? Es gehört sich doch unbedingt, daß, wenn die Nacht gearbeitet wird, auch irgendein Meister im Betrieb anwesend ist, und nicht, daß, wie es hier ständig gewesen ist, man die ein, zwei oder drei Weber allein läßt. Wäre ein Meister anwesend gewesen, so hätte doch wohl gesehen werden können, auf welche Art und Weise Schmidt umgekommen ist. So aber ist dies nicht der Fall. Es ist sehr wahrscheinlich, daß hier ein Betriebsunfall vorliegt. Unser Geschäftsführer sah sich veranlaßt, die Berufsgenossenschaft in Kenntnis zu setzen, und dieselbe ordnete auch auf telephonischem Wege, noch vor der Beerdigung, eine Sezierung des Toten an. Die Frau lehnte aber leider eine solche ab, so daß es die Textil-Berufsgenossenschaft leicht hat, die Sache für erledigt zu erklären. Die Weber mögen aber aus diesem Vorfall die ernste Lehre ziehen, daß man nicht ungestraft dem Körper die unerhörteste Schinderei zumuten kann. Es ist ohne Zweifel, daß Schmidt ein Opfer der Ueberanstrengung geworden ist. Es ist eben tief bedauerlich, daß trotz aller Warnungen, die wir schon haben ergehen lassen, die Arbeiter und Arbeiterinnen ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre Familien geringer einschätzen wie das Interesse der Kapitalisten. In Werdau, wo eine Menge Webstühle leer stehen, liegt wirklich keine Ursache zur Ueberstundenschinderei vor. Man verweigere die Ueberstundenschinderei.

Allgemeine Wochenschau.

Ist das human?

Die Textilfirma Engelbert Schönfeld in Herford scheint recht sonderbare Ansichten über Humanität zu haben. Sie hat versucht, eine schwangere Textilarbeiterin um die ihr zustehende Wöchnerinnenunterstützung zu bringen und vor dem Versicherungsamt darzulegen, daß sie gerecht und human behandelt habe, als sie die schwangere Arbeiterin um ihre gesetzlichen Rechte

brachte. Zu Nutz und Frommen für jene, an denen etwa die Textilfirma Engelbert Schönfeld in Herford diese „Gerechtigkeit“ und „Humanität“ auch in Wirksamkeit treten lassen sollte, sei der Tatbestand hier mitgeteilt.

Die Firma E. Schönfeld wurde vor kurzem vom Versicherungsamt verurteilt, an die Arbeiterin B. 42 Mk. Wöchnerinnenunterstützung zu zahlen. Der Klage liegt folgender Sachverhalt zugrunde. Eines Tages wurde die Arbeiterin B., die in guter Hoffnung war, von der Firma aufgefordert, entweder die Arbeit aufzugeben, oder sich unterschriftlich zu verpflichten, daß sie sich mit einem wöchentlichen Lohnabzug von 2 Mk. einverstanden erkläre, die ihr dann später vor der Entbindung wieder zurückgezahlt werden sollten, aber als Wöchnerinnenunterstützung gelten sollte. Die Arbeiterin unterschrieb dieses das soziale Gewissen eines Unternehmers kennzeichnende Dokument nur aus der Angst heraus, bei Verweigerung der Unterschrift die Arbeit zu verlieren und damit der Familie den notwendigen Mitverdienst zu entziehen. Die Firma wollte mit dieser Maßnahme einmal zum Ausdruck bringen, daß die schwangere Frau nicht mehr genügend Arbeit leiste und deshalb Lohnabzüge am Platze seien, andererseits wollte sie aber für die Betriebskrankenkasse die Wöchnerinnenunterstützung sparen. Nachdem nun die Frau kurz vor der Entbindung die Arbeit aufgab, wurden ihr die vom Lohn abgezogenen 42 Mk. ausbezahlt und ihr erklärt, daß diese 42 Mk. für die Wöchnerinnenunterstützung seien und sie keine weiteren Ansprüche an die Kasse stellen dürfe. Der Frau wurde dann aber zum Glück von anderer Seite gesagt, daß das Vorgehen ihres Arbeitgebers ungesetzlich sei, und sie strengte Klage gegen die Firma auf Zahlung der Wöchnerinnenunterstützung an. Natürlich konnte das Versicherungsamt nicht anders, als der Klägerin die Unterstützung zusprechen. Der Vertreter der Firma E. Schönfeld versuchte in der Verhandlung vor dem Versicherungsamt darzulegen, wie gerecht und human die Firma hier gehandelt habe. Mit aller Deutlichkeit wurde aber das Verhalten der Beklagten kritisiert.

Wir müssen sagen, daß wir bei unseren Textilbaronen an manches Empörende gewöhnt sind, aber eine derart empörende Handlung, eine werdende Mutter in solche Angst und Nahrungsorgen zu jagen, um eine ungesetzliche Handlung zur Wirksamkeit zu bringen, eine solch empörende Handlung, die objektiv alle Merkmale der Erpressung in sich birgt, ist uns bisher noch nicht zur Kenntnis gekommen.

Diese „Humanität“ der „gerechten“ Textilfirma Engelbert Schönfeld wird wohl den Geburtenrückgang nicht aufhalten.

Hoch die billigen Löhne!

In Nordhorn, der in der nordwestlichen Ecke des Münsterlandes gelegenen Textilindustriestadt, die sich in den letzten Jahren sehr entwickelt hat, wurde am 25. Juni ein neues Rathaus eingeweiht. Bei dieser Gelegenheit wurden natürlich auch verschiedene Reden geschwungen. Von einer derselben, derjenigen des Ratscherrn Schlieper, müssen wir kurz Notiz nehmen, denn sie beschäftigt sich mit unserer Industrie, und zwar in einer für die Arbeiter recht beachtenswerten Weise. Ratscherr Schlieper sprach über die Entwicklung der Stadt Nordhorn. Dabei führte er aus:

„Im Jahre 1854 bauten van Delden u. Stroink die erste mechanische Weberei, und wenn auch Nordhorn abseits vom Verkehr lag, konnte die junge Industrie dank billiger Löhne bestehen.“

Ein Hoch den billigen Löhnen, sie haben den Profit der Firma van Delden sehr stark gemehrt und mehrten ihn heute noch, wo Nordhorn nicht mehr abseits vom Verkehr liegt, sondern an den Verkehr angeschlossen ist. Der Schürzenstoffindustrie verdankt neben der Kreisbahn, so sagte Ratscherr Schlieper, die Stadt Nordhorn ihr Aufblühen. Wenn dabei die Arbeiter, dank der billigen Löhne, weniger aufblühen, um so schneller aber verbühen, so liegt das nur daran, daß sie den Weg zur Einigkeit und zur gemeinsamen Wahrung ihrer Interessen nicht finden. Nicht der Schürzenindustrie, sondern den Arbeitern in der Schürzenindustrie verdankt Nordhorn sein Aufblühen, d. h. die Zusammenhäufung von Werten in den Händen weniger Nordhorer Kapitalisten. Jetzt dürften die Arbeiter an der Reihe sein, wirtschaftlich zum Aufblühen zu kommen. Hoffentlich organisieren sie sich dazu.

Der rechte Mittelfinger des Webers.

Für einen Weber bedeutet der Verlust des rechten Mittelfingers auch nach eingetretener Gewöhnung eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit um 10 Prozent. So lautet eine Entscheidung des Reichsversicherungsamtes vom 2. Januar 1914. Begründend wird hierzu gesagt: „... Das Reichsversicherungsamt hat die Rentenaufhebung nicht zu billigen vermocht. Allerdings ist der Anspruch auf Weitergewährung der Rente nicht schlechthin darauf zu stützen, daß es sich im vorliegenden Falle um den Verlust des rechten Mittelfingers handele. Denn wie die Erfahrung in zahlreichen Fällen gelehrt hat, besteht sehr häufig bei Verlust des rechten Mittelfingers nach Ablauf einer zur Gewöhnung an den veränderten Zustand ausreichenden Zeit eine meßbare Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten nicht mehr. Wenn der erkennende Senat trotz dieser Erfahrung den Anspruch des Verletzten auf Zahlung der Teilrente von 10 Proz. über den 30. April 1912 hinaus anerkannt hat, so ist dies unter besonderer Berücksichtigung der vom Verletzten zur Zeit des Unfalles vom 18. Dezember 1897 wie auch jetzt noch ausgeübten Tätigkeit als Weber geschehen. Das Reichsversicherungsamt hat die Ueberzeugung, daß der Verletzte bei dieser Tätigkeit infolge des Verlustes des rechten Mittelfingers nach wie vor in erheblichem Maße geschädigt ist. Diese Ueberzeugung gründet sich weniger auf die Befundungen des Zeugen E. als auf seine eigene Kenntnis von der Bedeutung der einzelnen Finger für die Ausübung der vom Verletzten geleisteten und zu leistenden Arbeit. Sie ist auch durch die Ausführungen des Rechnungsbeamten der Berufsgenossenschaft in seinem Bericht nicht erschüttert worden...“

Eine menschliche Bestie.

Wegen schwerer Körperverletzung wurde die Frau eines kürzlich verstorbenen pensionierten hohen Marinebeamten in Dresden unter Annahme milderer Umstände zur Höchststrafe von drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die noch nicht 41 Jahre alte Dame hat ein noch nicht 16 Jahre altes Dienstmädchen lange Zeit in unerhörter Weise mißhandelt. Sie hatte das fleißige und gefittete Mädchen aus einer Anstalt erhalten, weil sie angab, es an Kindesstatt annehmen zu wollen. Das Kind war der Liebling der Anstalt; der Direktor schlug sich sofort ins Mittel, als ihm die grausame Behandlung des Mädchens bekannt wurde. Frau Tag, so heißt die Dienstherrin, hatte schon ihren verstorbenen Mann, der Paralytiker war, geschlagen und schlimm behandelt. Das kleine Mädchen aber hatte bestialische Mißhandlungen, auch solche geschlechtlicher Art, zu erdulden. Die Blutspuren sind jetzt noch zu sehen. Wenn sich infolge der Schläge Geschwüre bildeten, dann wurden dem Kinde zur Erhöhung der Schmerzen noch Essigumschläge auf die erkrankten Stellen gewunden. Einmal mußte das Mädchen die Hände auf die eiserne Ofenplatte legen und dann schlug die Angeklagte mit dem Feuerhaken solange auf die Hand des Mädchens, bis das Blut hoch aufsprühte. Einige Male tauchte die Angeklagte das Mädchen mit dem Kopfe mehrere Male in den gefüllten Nachtschuhleimer des Kranken Gatters. Die ärztlichen Sachverständigen erklärten die Frau für stark hysterisch, aber geistig völlig gesund und zurechnungsfähig. Die Verhandlung wurde geheim geführt. Die Pressevertreter durften ihr jedoch beiwohnen. Das Kind war völlig verschüchtert. Herausgekommen ist dieser Skandal durch Wohnungsnachbarn.

Diese bestialische Behandlung eines elternlosen Kindes weckt hoffentlich in allen Arbeitereltern den festen Vorsatz, dafür zu sorgen, daß ihnen die Gesundheit und das Leben erhalten bleibe, um für ihre Kinder jederzeit schirmend und schützend eintreten zu können bis ins hohe Alter. Erstrebung kürzerer Arbeitszeit und auskömmlicher Löhne sowie die Beseitigung der gesundheits-schädlichen Betriebszustände führt zu diesem Ziele. Das Mittel zur Erlangung dieses Zieles ist für die Textilarbeiter der Deutsche Textilarbeiterverband!

Einmal kam es anders.

Kürzlich sahen wir einen Film, der uns zeigte, wie der englische König eine Baumwollfabrik besichtigte. Alles war wie bei uns, wenn Könige reisen. Auf den Straßen standen blankgeputzte Kinder und weißgekleidete Jungfrauen in den vordersten Reihen. Dahinter standen die Herrschaften, die mit ihrem Wohlstand prunkten und ganz hinten, da lugte ab und zu ein menschliches Wesen über die Köpfe der Vorderen, an dessen Kleidung auf Wohlstand nicht geschlossen werden konnte. Mit Blitzeschnelle fausten die Autos mit den „höchsten Herrschaften“ durch die Menschenmauern, hinein in den Fabrikhof. In den Arbeitszälen war natürlich auch alles leiseitigt worden, was dem königlichen Auge Mißfallen erregen konnte. Die Arbeiterschaft hatte auftragsgemäß eine Miene aufgesetzt, die etwa aufgesetzt zu werden pflegt, wenn der Photograph vor der Aufnahme des Bildes die Worte spricht: „Nun aber bitte recht freundlich.“ Das Empfangskomitee war gut dressiert, bestand es vor allem, gute, beruhigende Antworten zu geben. Kurzum, wir sahen, die Vorführung der potemkinschen Dörfer ging ohne Zwischenfall vorüber. Zum Schluß gabs zahllose Verbeugungen, hier und da auch einen Händedruck und vielleicht hinterher auch noch einige Titel und Orden an die Herren des Empfangskomitees.

Doch einmal ist es bei einer solchen Besichtigung anders gekommen, wie es sonst zu gehen pflegt. Ob der englische König durch eine mißglückte Kulliffenschiebung dahinter gekommen ist, daß man ihm potemkinsche Dörfer vorführt, oder ob ein anderer Grund vorgelegen hat, kurz, als er kürzlich die Spixenindustriestadt Nottingham besuchte, da sollte ihm wieder eine in schöner Gegend gelegene „Musterfabrik“ vorgeführt und gezeigt werden, wie gut es die Arbeiter haben. Auch hier sollte peinlichst gefordert werden, den König von den verkümmerten Bewohnern der eigentlichen Arbeiterviertel fernzuhalten. Doch es kam anders. Zum größten Erstaunen des Empfangskomitees ließ der König sagen, er sei nicht gekommen, um sich täuschen zu lassen. Er strich die Fabrik aus dem Programm und setzte dafür den Besuch der Mansers-Street, einer echten Proletarierstraße im Ostend der Stadt, ein. So bekamen der König und die Königin die Slumgegend zu sehen. Natürlich, sagt der „Daily Citizen“, machten sie keine nähere Bekanntschaft jener Spixenheimarbeiter, deren klägliche Bezahlung ihre Unterstellung unter das Lohnamtsgesetz veranlaßt hat, aber wenigstens kamen die königlichen Besucher an Hunderten verfallener Hütten vorüber, zu schlecht für Schweineställe, in denen die Menschen, die den Reichtum der Spixenstadt schaffen, leben müssen. Aber es kam noch schlimmer. Der König zeigte in seiner Antwort auf die Ansprache der Gemeindevertretung, daß er fast mehr von den örtlichen Verhältnissen wisse, als seine Gastgeber. Einige seiner Bemerkungen wiesen deutlich darauf hin, daß noch gar manches zu bessern sei, namentlich, als er betonte, daß Nottingham nicht mit dem Geschaffenen zufrieden sein dürfe, daß die Wohlfahrt der Arbeiterklasse, im Heim und in der Fabrik, abhängen von der Anwendung der den Gemeindebehörden zustehenden Befugnisse. Die furchtbaren Wohnzustände, einen Steinwurf vom Stände des Königs entfernt, stand blitzgleich jedem Bewohner Nottinghams vor Augen. Die Wirkung seiner Worte schienen auch nicht verloren bei manchem, der mit Nägeln und Nähen die Reformen bekämpft und die Arbeiter als un-dankbare Paß betrachtet hatte, das, wenn es nicht mehr arbeitsfähig ist, seinen richtigen Platz im Armenhaus findet. Hoffen wir, daß die königlichen Worte wirklich nicht nutzlos verhallen — aber auch, daß dieser hürgerliche und nun fast schon „proletarische“ König nicht allzu tief in der Achtung seiner gekrönten Kollegen sinke, deren Fürsorge sich auf immer neue Heeres- und Flottenverstärkungen beschränkt, und die in den Arbeitern nur bis ins hohe Alter gesicherte Existenzen sehen, die sich trotzdem von vaterlandslosen Gekern gegen die göttliche Weltordnung aufwiegeln lassen.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Grefrath. Nach einem Streik von vier Wochen wurde die Lohnbewegung der Färber bei der Firma Schwarz u. Co., Akt.-G., mit einem guten Erfolg für die Beschäftigten beendet. Die Löhne sind jetzt Wochenlöhne. Kein Arbeiter ist auf der Strecke geblieben, alle wurden wieder eingestellt, nur zwei jüngere Kollegen mußten in der Weberei das Weben lernen. Früher wurden Tagelöhne von 3 Mk. bis 3,60 Mk. gezahlt, heute sind die Löhne höher und werden 17 Feiertage bezahlt, auch wurde pro Woche eine Stunde Arbeitszeitverkürzung erzielt. Die Verhandlungen fanden statt mit dem Ausschuß der Färber, den Verbandsvertretern und dem Direktor Fabry. Als den Färbern in einer Versammlung Bericht von den Verhandlungen gegeben wurde, waren alle mit den Zugeständnissen zufrieden und wurde untenstehender Tarif auf die Dauer von zwei Jahren und 5 Monaten abgeschlossen. Hoffen wir, daß die Einigkeit der Arbeiter bestehen bleibt, um auch weitere Erfolge erzielen zu können. Denn es ist nicht möglich beim ersten Abschluß eines Tarifes, denselben so zu gestalten, wie man es wünscht.

Anschließend veröffentlichen wir den Tarif.

Lohntarif für die Färber der Firma R. Schwarz u. Co. Akt.-G.

Lehrlinge: im 1. Jahre 7 Mk., im 2. Jahre 9 Mk., im 3. Jahre 12 Mk.

Gesellen: Nach vorchriftsmäßiger bestandener Lehrzeit von 3 Jahren in einer Färberei erhalten die Gesellen vom 18. Jahre 18,50 Mk., vom 18. bis 19. Jahre 18,75 Mk., vom 19. bis 21. Jahre 20,50 Mk., über 21 Jahre 22,50 Mk., vom 24. Jahre 23,25 Mk.

Selbständige Strangfärber: vom 24. Jahre 24 bis 28 Mk.

Selbständige Stückfärber: vom 24. Jahre 24 bis 25,50 Mk.

Hilfsarbeiter: Im ersten Jahre nach Uebereinkunft. Im 2. und 3. Jahre 20 Mk., jedoch immer 1 Mk. unter den resp. Tariflöhnen, welche für Gesellen bis 21 Jahre vorgesehen sind. Nach dem 3. Jahre Tariflohn. Die 3 Jahre sollen für Hilfsarbeiter als Lehrlinge angesehen werden.

Mädchen: Nach Beendigung einer 3jährigen Lehrzeit in einer Färberei bis 19 Jahre 11,50 Mk., von 19 bis 22 Jahren 12,50 Mk., über 22 Jahre 14,50 Mk.

Arbeitszeit: 10 Stunden pro Tag, an den Samstagen und Tagen vor gesetzlichen Feiertagen 9 Stunden, jedoch muß auf Verlangen jeder Arbeiter, wie an allen anderen Tagen, auch Samstags Ueberstunden machen.

Feiertage: Folgende Tage werden bezahlt, wenn sie nicht auf einen Sonntag fallen: Neujahr, Ostermontag, Christi-Himmelfahrt, Pfingstmontag, Wuh- und Betttag, die beiden Weihnachtstage und der Allerheiligentag, wenn an diesem Tage nicht gearbeitet werden darf. Ferner werden folgende Tage ausbezahlt: 2 Fastnachtstage, 4 Kirmeckstage, Dreifönigstag, Fronleichnam, Peter und Paul. Wenn diese Tage nicht bezahlt werden sollten, erfolgt eine 3proz. Lohn-erhöhung.

Löhnung: Freitagabends vor Schluß der Arbeitszeit. Obige Abmachungen gelten bis zum 1. Dezember 1916, wird 2 Monate vor Ablauf dieses Vertrages von keiner Seite gekündigt, so läuft dieser Vertrag um ein Jahr weiter.

Robertich, den 1. Juli 1914.

Unterschriften.

Lohnbewegung in der Baukener Tuchfabrik. Schon seit Jahren leiden die hiesigen Tuchmacher unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. In der allgemeinen Teuerung kommt noch hinzu, daß die Lebensverhältnisse am Orte ganz besonders teure geworden sind. Immer öfter setzten in den letzten Jahren die Beiten ein, wo in der Tuchfabrik wenig Bestellung vorhanden war. Die natürliche Folge für die Weber war das Warten auf Kette. Dazu kommt, daß das zu verarbeitende Material von Jahr zu Jahr schlechter geworden ist. Der Lohn ist dadurch, statt wegen Lebensmittelerhöhung ein höherer zu werden, nur noch geringer geworden. Es gilt auch hier: Wenn die Frau nicht mitarbeitet, dann langt es nicht zum Leben. Ab und zu konnten die Arbeiter, dank ihrer Solidarität, kleine Lohnerhöhungen heraus schlagen. Aber es waren stets nur Brocken. Jedesmal wurde ihnen wegen des schlechten Geschäftsganges das Unmögliche einer Lohnerbesserung vor Augen gehalten. Und die Weber waren auch gewöhnlich einsichtsvoll genug. Die Beiten waren aber sehr schlechte. Zu Anfang dieses Jahres nun hob sich der Geschäftsgang, da Wechsel sowohl in der technischen als auch kaufmännischen Leitung eingetreten war. Die Belegschaft nahm die Gelegenheit wahr und ging von neuem mit Forderungen vor. Unzählige Male mußten die Aufsichtsmittelglieder mit dem technischen Direktor verhandeln. Mehr denn ein halbes Duzend Brandenversammlungen wurden abgehalten. Endlich kam es zu verschiedenen Bewilligungen. Mit denselben haben sich die Weber einverstanden erklärt. Im Herbst aber sollen die Verhandlungen erneuert werden. Bis dahin gilt der erneuerte Tarif. Dank dem Zusammenhalten der Kollegen ist zunächst dieser Erfolg zu verzeichnen. Eine gute Organisation ist bei Verhandlungen die erste Hauptbedingung. Diese benötigen auch die Weber und Weberinnen der Baukener Tuchfabrik. Diese sind alle, ohne Ausnahme, im Verbände. An Euch nun, Textilarbeiter und -arbeiterinnen, ob ihr in der mechanischen Weberei, Wäscherei, Striderei oder Spinnerei beschäftigt seid, richtet ihr die Mahnung: „Trelet ein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Macht es den Kollegen in der Tuchfabrik nach. Nur wenn Ihr Euch alle organisiert, wird es möglich sein, eure viel zu niedrigen Löhne zu verbessern. Allein kommt der Fabrikant nicht mit Zulagen, die müßt Ihr Euch erkämpfen!“

Berichte aus Fachreisen.

Berlin. (Färber- und Wäscherbranche.) In der Nummer vom 14. Juni der „Deutschen Färber-Zeitung“ befindet sich ein Artikel über Akkordarbeit, der jedes, auch das abgestumpfte Färbergemüt in helle Empörung versetzt haben wird. Leben wir noch in der sogenannten guten alten Zeit, wo jeder Unternehmer noch ein praktischer Meister war, so könnte man den Artikel mit einem Lächeln beiseite legen; aber heute, wo jeder

der nur das Glück hat, ein Geldmensch zu sein, auch Färbereibehaber sein kann, muß der Artikel doch etwas niedriger gehängt werden. Wundern muß man sich, daß eine Zeitung, die immer und immer wieder beteuert, auch die Interessen des arbeitenden Färbervolks zu vertreten, so einen Quatsch veröffentlicht. Hat die Redaktion denn den Hefeinfall mit dem Artikel des Albertus Praktikus schon vergessen? Dieviel Gehilfen haben damals die „Deutsche Färber-Zeitung“ abbestellt, wie viele sind vielleicht heute mit uns derselben Meinung, auch den Arbeitsnachweis dieser Zeitung nicht mehr zu beachten. Durch Schaden wird man belanntlich klug. Wundern kann es einen tatsächlich nicht, daß nach solchen Artikeln heute Berliner Chefs schon schamlos genug sind, einem verheirateten Mutterfärber, dem man verlangt wird, schon mehr Künstler zu sein, 27 Mk. Lohn die Woche zu bieten. Was für Leute dieser Artelschreiber Fredy beschäftigt und in welcher Gegend, das verriet er nicht. Wenn er nur halbwegs vernünftige Arbeiter beschäftigen würde, könnte ihm ein Donnerwetter wohl manches Mal sehr übel bekommen. Jeder organisierte Arbeiter würde sich bedanken, unter solchen Verhältnissen, wie sie Herr Fredy als empfehlenswert in seinem Artikel hinstellt, zu arbeiten. Nun zur eigentlichen Sache. Ich habe das Glück, in einem ganz modernen Betriebe beschäftigt zu sein; bei uns bleibt wohl selten ein Stück, auch Farbfäden, länger als drei Tage im Betrieb. Daß da selten größere Partien vorkommen, ist wohl jedem ersichtlich. Es wird fast immer ein Stück extra vorgekommen. Nun denke man sich, man bekommt ein Stück zu färben, ob neu oder getragen, das ist fast egal. Denn ersteres muß entweder abgelocht werden oder es muß eine Zeitlang Soda bekommen, letzteres dagegen muß erst gewaschen werden. Nun denke man sich weiter einige warme Spülbäder und ein kaltes. Manches muß geäuert werden, dann schleudern, nochmals Flecken waschen, und jetzt kann man erst anfangen zu färben. Herr Fredy, haben sie eine Ahnung vom genauen Musterfärben? Dann werden Sie auch wissen, wenn Sie mal Tipp haben, dann bekommen Sie ein Muster in einer halben Stunde fertig; manchmal, bei effizienter Kundschaft, sieht man aber auch drei Stunden daran und dann noch kommt es manchmal zurück. Ein Meter Schifffon macht manchmal mehr Arbeit als 20 Meter Tüll. Der moderne Färber muß doch heute auch darauf achten, daß die Sachen bei Tage und bei Nacht ziemlich übereinstimmen; darauf schmiern kann man den Farbstoff doch auch nicht, es muß doch jedes Stück seine Zeit haben zum Durchfärben und Egalisieren. Färbt ein Unternehmer einen Teppich oder 50 Meter Soutache für denselben Preis? Vergibt der Artelschreiber, daß er als Arbeitnehmer vielleicht auch mal wieder gezwungen sein kann, Muster zu färben? Herr Fredy, Sie sind doch jetzt Betriebsleiter? Viele Unternehmer sind heute schon dahintergekommen, daß sie auch ohne Betriebsleiter fertig werden. Sie halten sich für jede Abteilung einen tüchtigen Ersten, der selbst mitarbeiten muß. Die Sachen monieren die Expedientinnen ebenso gut wie ein männlicher Antreiber. Aber manche Menschen sind nun mal so, um selbst ein faules Leben führen zu können, möchten sie den Arbeitern am liebsten noch das Blut unter den Fingernägeln hervorjaugen. Hier kann aber nur wieder eine gute Organisation helfen. Die arbeitende Menschheit hat die Pflicht, das Publikum auf die schädlichen Arbeiten des Galoppstystems aufmerksam zu machen. Denn seien wir mal ehrlich, wer von uns das Glück hatte, in einer kleinen Provinzstadt zu lernen, dem blühte manchmal das Herz, wenn er sah, wie so oft, nur um recht viel rauszufahren, mit den Sachen umgegangen wurde. Für den Färbergesellen kann es nur eine Organisation geben, die alle arbeitenden Personen aufnimmt: das ist der Deutsche Textilarbeiterverband. Was nicht den Gehilfen der Verband der Färber und Chemiewäscher; die Größen davon sind alle Betriebsleiter; in den Versammlungen fürchten sich die meisten Gehilfen, um sich nicht bei ihnen unbeliebt zu machen, den Mund aufzutun. Wie die Herren Schieber ihre Sachen vertreten, das lehrt am besten der Artikel über Akkordarbeit in der „Deutschen Färber-Zeitung“.

Berlin. (Seilerbranche.) Bei der 400-Jahr-Feier der Seilerinnung zu Leipzig hielt Herr Dr. Fritz Troitzsch-Berlin eine Festrede, der wir folgendes hinzufügen haben. Bei den großzügigen Ausführungen des Herrn Troitzsch hielten sich die Mitglieder der Innung und die anwesenden Eingeladenen auch mit den Verhältnissen ihrer Arbeiter ein wenig beschäftigen dürfen. Die gute Entwicklung und der rentable Geschäftsgang scheint Herrn Troitzsch sehr gut bekannt zu sein und auch den dort Anwesenden eingeleuchtet zu haben, aber die Arbeiter und ihre Verhältnisse scheinen sie wenig zu interessieren. Sehen wir uns unsere eigenen Verhältnisse im ganzen Deutschen Reich einmal näher an, so muß man entschieden zu der Ansicht kommen, daß die Lage der Arbeiter unbedingt gebessert werden müßte. Es gibt wenige Firmen und Handwerksmeister, welche ihren Leuten einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zahlen. Es muß schon ein aus-erlesener Arbeiter sein, der einen Stundenlohn von 40 bis 42 oder 45 Pf. bekommt, und diesen Lohn nennen dann die Herren noch „viel Geld“. Ist doch selbst bei der Firma Troitzsch nach der letzten Lohnstatistik kaum ein Durchschnittslohn von 40 Pf. pro Stunde zu verzeichnen gewesen, und dieser Lohn ist für Berliner Verhältnisse bestimmt. Wie mag sich Herr Troitzsch ein Familienleben gestalten denken, wenn das Haupt der Familie — wenn sich der Arbeiter so nennen darf — mit einem Wochenlohn von 21 Mk. die Seinen beglückt. Nun ist so ein Arbeiter bei der genannten Firma aber noch den schlimmsten Schikanen ausgesetzt. Wird er aus irgendeinem Grunde arbeitslos und will er seine Tätigkeit in demselben Fach fortsetzen, so ist er in den meisten Fällen gezwungen, die Seinen zu verlassen, und bekommt er in einem andern Ort Arbeit, so findet er dort die Verhältnisse gerade so miserabel wie da, von wo er hergekommen ist. Wie oft ist es schon vorgekommen, daß hierdurch der Arbeiter gezwungen war, die Seinen überhaupt ganz und gar im Stich zu lassen, Not und Glend zwangen ihn dazu. Den Arbeitern, welche bei kleineren Handwerksmeistern beschäftigt sind, wird überhaupt jede Möglichkeit genommen, einen eigenen Haushalt zu gründen, so lange das Kost- und Logiswesen nicht aufgehoben wird; denn 6 bis 10 Mk. Wochenlohn bieten keine Gelegenheit dazu. Es wäre doch dringend an der Zeit, daß die vorgezeichnete Technik, welche den Unternehmern immer größere Gewinne zuschanzt, auch für den Arbeiter segensreich würde. Dieser Segen wird aber dem Arbeiter nicht so ohne weiteres zugesprochen werden, denn die Unternehmer klagen stets, das Geschäft werfe nicht soviel ab, um die Löhne erhöhen zu können. Wenn dieses nun wirklich der Fall wäre, so müßten sich die Kollegen doch fragen, wie es möglich ist, daß in anderen Berufszweigen die Arbeiter höhere Löhne erhalten. So stehen z. B. neben den Arbeitern der Seilererei Berlins mit 38, 40, 42, 44 und 45 Pf. Anfangslohn pro Stunde Arbeiter anderer Handwerkszweige mit einem Anfangslohn von 60, 65, 70, 75 bis 90 Pf. pro Stunde und oftmals noch darüber ihnen gegenüber. Dabei haben doch die Seiler ebenso gut wie Schlosser, Tischler, Schneider usw. denselben Anspruch an das Leben und einer wie der andere hat dieselben Verpflichtungen für sich und seine Familie. Man sollte meinen, daß durch die Innungen und sonstigen Zusammenschlüsse es den Unternehmern möglich sein müßte, auskömmlichen Lohn zu zahlen, aber leider ist das Gegenteil der Fall; denn anstatt sich vor Schmutzkonkurrenz zu schützen und sich deshalb zusammenzuschließen, geht das Bestreben der Unternehmer nur dahin, die so schon karglichen Arbeiterlöhne noch immer weiter herunterzudrücken. Mögen sich die Kollegen endlich aufraffen, sich an den Unternehmern ein Beispiel nehmen und sich ebenfalls restlos zusammenschließen in ihrer Berufsorganisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, um dann bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen von den Unternehmern zu erkämpfen. Im Guten ist es bis jetzt nicht gegangen und es werden sich auch fernerhin die Unternehmer nicht dazu entschließen, den Arbeitern das zu geben, was ihnen zusteht. Keine Berufsgruppe hat soviel Mitleid auf ihre Unternehmer genommen wie gerade die Seiler, und daher kommt es, daß sie die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Darum, Kollegen, rüffet! Auf zum Kampf! Hinein in den Deutschen Textilarbeiterverband! Jeder organisierte Kollege

muß dafür Sorge tragen, daß der letzte Mann in seiner Werkstatt, der letzte Mann in seinem Ort organisiert wird, dann werden sich auch andere Verhältnisse schaffen lassen.

Crimmitschau. Die in der Wigognespinnerei von Paul Heinrich Piehler beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen (zuzahl 50) erhielten Freitag, den 26. Juni, förmlich die Kündigung. Der Grund zu dieser Maßnahme soll in geschäftlichen Schwierigkeiten liegen, bedingt durch ungünstigen Geschäftsgang. Von den Beschäftigten hat jedoch keiner von dem angeblich ungünstigen Geschäftsgang etwas bemerkt. Näheres über die eigentliche Ursache der bevorstehenden Stilllegung des Betriebes, die die Arbeiter in der gegenwärtigen Zeit noch nicht überwindener wirtschaftlicher Depression sehr schwer treffen dürfte, war jedoch nicht zu erfahren, da namentlich die bürgerliche Presse vorläufig noch stillschweigend über die Angelegenheit berichtet. Ueber die Entlassung von 50 Arbeitern regt man sich in den Redaktionsstuben der bürgerlichen Zeitungen nicht sonderlich auf; die Proklosmachung selbst noch größerer Arbeitermassen ist diesen Zeitungsredaktionen stets eine Bagatelle, eine Lappalie, von der man kein Aufhebens macht. Sie für arbeitslose Arbeiter ins Zeug legen, bringt weder Anerkennung noch Orden oder Titel, deshalb läßt man die Finger davon. Bürgerliche Moral!

Die Firma Piehler hat in Crimmitschau nur einen Zweigbetrieb in einem gepachteten Fabrikgrundstück, das Hauptgeschäft befindet sich in Weiden. Ob auch letzteres durch die geschäftlichen Schwierigkeiten in Mitleidenschaft gezogen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. — Die Firma lieh in der Hauptsache die Kolonialprodukte Mon und Kapot verarbeiten. Für die zur Entlassung kommenden Arbeiter (die Kündigung läuft Freitag, den 10. Juli, ab), bricht eine schlechte Zeit herein. Aussicht auf andere Arbeit ist fast garnicht vorhanden. Im Bauberuf ist wenig zu tun und die Metallindustrie hat schlechten Geschäftsgang, wodurch beständig ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden ist. Aber auch die Textilindustrie ist von guter Konjunktur noch sehr weit entfernt. Ingelernte Arbeiter und Arbeiterinnen sind infolgedessen noch immer in großer Zahl arbeitslos. Hoffen wir im Interesse unserer Arbeiter, daß bald eine anhaltende Besserung im Geschäftsgang aller Berufe und Industriezweige eintritt.

Crimmitschau. Am 9. d. M. hielt unsere Filiale ihre Mitgliederversammlung ab. Die Tagesordnung umfaßte fünf Punkte. Die Abrechnung für das zweite Quartal 1914 ergab folgenden Resultat: Einnahmen 22 022,37 Mk., Ausgaben 19 877,60 Mk., Kassenbestand 2144,57 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang 4451, am Ende des Quartals 4475, mithin ein Mehr von 24 Mitgliedern. Den Bericht vom Internationalen Textilarbeiterkongreß erstattete Kollege Fritz Schulze. Derselbe schilderte den anwesenden Mitgliedern in längeren Ausführungen seine Eindrücke, welche er in England gewonnen hatte. Durch Besichtigung einzelner Betriebe daselbst konnte er den Anwesenden auch mitteilen, wie grundverschieden die Arbeitsverhältnisse der englischen Textilarbeiter gegenüber den unserigen sind. Seine Ausführungen gingen dahin aus, daß der Kongreß ein großes Stück Arbeit für die Arbeiterschaft selbst geleistet hat.

Hamburg. Am Dienstag, den 30. Juni, fand eine sehr gut besuchte Betriebsversammlung der Arbeiterschaft der Deutschen Kap-Abstweberei in Bergedorf bei Hamburg statt. Kollege Krauß sprach in ausführlicher Weise über: „Müssen wir mehr Lohn verdienen?“ Der Vortragende erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. Es war dies eigentlich die erste Versammlung, die von unserer Seite für den Betrieb einberufen worden ist. Der Betrieb existiert schon mehrere Jahre, aber er wird uns von seiten des Fabrikarbeiterverbandes stillig gemacht. Es muß hier gesagt werden, daß unser Verband an dem Abend eine ganze Anzahl Kollegen und Kolleginnen hätte organisieren können, wenn nicht zwei Angestellte vom Fabrikarbeiterverband in der Diskussion für ihre Zuständigkeit plädiert hätten. Die Versammlung mußte infolgedessen resultatlos, zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung, verlaufen. Die Arbeiterschaft der Abstweberei ist ganz davon überzeugt, daß sie zur Textilbranche gehört und so forderte man von uns, daß wir uns ferner ihrer annehmen möchten, was auch geschehen wird. Inzwischen sind Verhandlungen mit dem Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes wegen dieses Betriebes und wegen noch zwei anderer örtlicher Abstwebereien eingeleitet und wird die Sache hoffentlich zu unserer Zufriedenheit erledigt. — Nach Schluß der Versammlung blieben die Kollegen und Kolleginnen noch einige Stunden bei gemüthlicher Unterhaltung und Tanz beisammen. Hoffentlich wird die nächste Versammlung wieder gut, ja vielleicht rüttelt es die gesamte Arbeiterschaft auf, die Versammlung zu besuchen.

Langenbielau. Die Arbeiterschaft der Firma C. Ergleben in Weigelsdorf hielt am Dienstag, den 23. Juni, bei Dierig eine Betriebsversammlung ab. Die hauptsächlichste Ursache hierzu bildete eine Bekanntmachung der Firma, daß zweites Inventur der Betrieb vom 4. bis einschließlich 8. Juli ruhen soll. In der Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß der Arbeiterschaft also in einer Lohnperiode der Lohn für vier Arbeitstage durch diese Maßnahme der Firma verloren gehen würde. Bei den anerkannt niedrigen Löhnen insbesondere bei den Zweijuhwebern und den Spulerrinnen sei diese Zumutung an die Arbeiterschaft ein starkes Stück. Der Lohn reiche heute kaum von einem Lohnstag zum anderen. Wie solle sich dann eine Arbeiterfamilie eine ganze Woche lang von dem Arbeitslohn von zwei Tagen ernähren. Bei früheren Inventuren sei der Betrieb nur an einem Tag eingestillt worden, daselbe würde auch heute genügen. Falls dieser Anrechnung nicht Rechnung getragen würde, soll, so beschloß die Versammlung, der Arbeiterschaft für den entgangenen Arbeitsdienst eine entsprechende Entschädigung gezahlt werden, wie dies schon in einer Anzahl anderer Betriebe üblich ist. Sei jedoch die Einlegung der Feiertage durch schlechten Geschäftsgang begründet, so soll wöchentlich eine Feiertage eingelegt und auch hierfür eine Entschädigung gezahlt werden. Gleichfalls kam in der Versammlung zum Ausdruck, daß für die Folge auch ein geregeltes Entschädigungssystem zur Durchführung gebracht werden muß, so für Warten auf Ketten und Schuhmaterial, bei Stuhlreparaturen, sowie für Verarbeitung schlechtgehender Ketten und solchen Schuhmaterials. Weiter wurde vermerkt, daß in der letzten Zeit den Bierstuhwebern häufig nur in drei Stühle Ketten eingelegt wurden, ebenfalls den Zweijuhwebern nur in einen Stuhl. In solchen Fällen soll die Firma veranlaßt werden, bei den Bierstuhwebern den prozentualen Abzug herunterzusetzen sowie den Zweijuhwebern einen angemessenen prozentualen Zuschlag zu zahlen. Zum Ausdruck kam in der Versammlung auch, daß eine Erhöhung der Lohnpositionen für sämtliche Arbeiterkategorien dringend notwendig sei.

Mühlau. Der Mühlauer Einwohnerversammlung wird noch in Erinnerung sein, wie der Kampf der Chemischer Handelskammer gegen den einzigen hiesigen Großbetrieb der damaligen Firma Julius Kahler u. Co. einsetzte und mit Fabrikationsverbot endete. Deshalb ward aus dieser Firma Harry Tahlor, aus dieser wiederum die heutige Firma Johannes Richter, Mühlau, Filiale Mühlau. Ein Herr A. Richter aus Limbach übernahm Ende November vorigen Jahres die Leitung, richtete alles anders ein und zerstörte den guten Ruf der früheren Firmen, indem er der Arbeiterschaft gegenüber schroff und herausfordernd auftrat. Es haben sich neulich Vorgänge ereignet, die einmal allgemeiner Betrachtung wert sind. Vor einiger Zeit waren in der Nacht zwei Aborte stark verunreinigt worden. Da der Leiter dieses Mühlensstreiches nicht ermittelt werden konnte, wollte der Betriebsleiter zwei Schichten Kettenarbeiter „rausnehmen“. Er suchte solche — nahm aber keine an. Die Sache verlief im Sande. Es sind Strafen eingeführt worden für alle Fadenbrüche von 10 Zentimeter Länge an, so daß einzelnen „Säken“ (3 Mann) Strafen bis zu 5 Mk. in einer Woche abgezogen wurden. Diese Ungeheuerlichkeit wurde dann etwas gemildert. Vor 4 Wochen wurde die neue

Arbeitsordnung herausgegeben, die von den Handschuhzuschneidern sofort durch Unterschrift anerkannt werden sollte. Da aber eine Angabe über den Sonnabend-Arbeitslohn nicht angegeben ist, unterschrieb niemand. Diese Sache noch übrigens nach Ueberumpelung, denn während in der alten Fabrik gar niemand gefragt war, wurde ausgerechnet den Handschuhzuschneidern das Buch zum Unterschreiben mehrere Male vorgelegt, jedoch ohne Erfolg. Daraufhin wurde nun zwei ganz unbeteiligten Zuschneidern am Pfingstsonnabend gekündigt. Einem weiteren Arbeiter ist später gekündigt worden. Bei einem ist die Kündigung wieder zurückgenommen worden, während der andere, der ca. 7 Jahre im Betrieb ist und sich nichts hat zuschulden kommen lassen, was alle Arbeitskollegen bestätigen müssen und auch aus seinem guten Zeugnis ersichtlich ist, an die frische Luft befördert wurde. Es glaubt übrigens auch niemand, daß der Betriebsleiter, der ja die Leute noch gar nicht kennt, aus eigenem Antrieb entläßt, sondern man nimmt an, daß hier irgendein Denunziant einen „geeigneten Vorschlag“ gemacht hat. Bei der Rücksprache mit dem Betriebsleiter erklärte dieser, er habe keine Arbeit, es werde alles in Limbach (Hauptgeschäft) geschritten und es könnten gleich alle zusammen gehen. (Das ist übrigens sein täglicher Ausdruck.) Trotzdem läßt er wieder frisch Ueberstunden machen, sogar Jugendlichen unter 16 Jahren. Zu bemerken ist noch, daß immer noch kein Trinkwasser im Betriebe vorhanden ist. Auch nimmt der Herr Oberschneider nur Leute an, die keinem Arbeiterverein angehören und möglichst dem Turnverein beitreten. Durch diese „Strebsamkeit“ ist nun fast der gesamte „Deutsche Turnrat“ bei dieser Firma beschäftigt. Zeitweilig hält jener Herr Neben gegen das „Quatschen bei der Arbeit“, am nächsten Tage unterhält er sich aber wieder bestens mit seinen „Getreuen“ während der Arbeitszeit. Unterlaufen den Zuschneidern kleine Fehler, so macht er einen Heidenstand. Es ist nur zu bedauern, daß die Zuschneider alles mitmachen, anstatt durch Zusammenschluß auf ihr und der Firma Wohl zu achten.

Wettersen, 3. Juli. Nur die Organisation schafft Wandel. Die Arbeiterschaft im allgemeinen, im besonderen aber die Textilarbeiterschaft, hat alle Ursache, durch festen Zusammenschluß in ihrer Organisation eine Besserung ihrer Lebenslage herbeizuführen. Diesen Wahrspruch sollte ganz besonders die Arbeiterschaft in der Tuchweberei der Firma Götsche u. Sohn beherzigen. Denn Verhältnisse, wie sie in jenem Betriebe zu finden sind, kennt man anderweitig in diesem Berufe nicht. Dieser Betrieb ist ja deshalb auch nur als ein Taubenschlag zu bezeichnen, denn fast täglich kommen und gehen die Arbeiter. Den Webern wird zugemutet, ein Material zu verarbeiten, bei dem es geradezu unmöglich ist, daß gute Ware erzielt werden kann. Die Folge ist, daß der Lohn dadurch ganz erheblich geschmälert wird. Daß aber auch der Beruf des Webers zu den gesundheitschädlichsten gehört, ist statistisch schon oft nachgewiesen. Darum scheint sich aber die Firma Götsche wenig zu kümmern, sonst hätte sie schon längst Einrichtungen getroffen, den so gesundheitschädlichen Staub der Nahtmashinen durch Ventilatoren zu entfernen. Beträgt die Arbeitszeit überall heute schon 9 bis 10 Stunden, so muß die Arbeiterschaft hier in den mit Stickluft geschwängerten Räumen noch täglich 10 1/2 Stunden fronden. Ihren so schädlichen Beruf liebt man jenen Arbeitssklaven schon vom Gesicht ab. Auch die Unfallverhütungsvorschriften werden wenig beachtet. Trotzdem schon einmal ein Vertreter der Organisation bei einer Verhandlung darauf hinwies, daß große Transmissionsriemen über den Köpfen der Arbeiter ohne jede Schutzvorrichtung laufen, wird es nicht geändert. Dringend erwünscht wäre es, wenn hier der Gewerberat einmal eine intensive Revision vornehmen würde. Kleiden sich doch auch Männer und Frauen in einem Raume um. Wer trägt aber die Hauptschuld, daß dem so ist? Die Arbeiter selbst. Anstatt, daß die schon oft angefertigten Betriebsversammlungen besucht würden und der Beitritt zur Organisation vorgenommen würde, schimpft man nur und macht eine gelabte Faust in der Tasche. Deshalb hinein in die Organisation, hinein in die angefertigten Versammlungen! Das muß mehr als bisher beachtet werden. Denn nur durch Zusammenschluß können eure Verhältnisse besser werden. Vereinzelt seid ihr nichts, vereinigt aber alles! Dies muß in Zukunft auch die Parole der hiesigen Tuchweber sein.

Zwidau i. S. Aus dem gelben Vereinsjumpf. Die gelben Wertvereiner werden immer bescheidener. Nachdem die von den gelben Drahtziehern arrangierten Versammlungen nicht den erwünschten Erfolg gehabt haben, halten sie nach den Berichten in der „Deutschen Arbeitswacht“ nur noch Sitzungen ab. Dieselben nehmen natürlich immer einen „impopanten“ Verlauf. In der letzten „impopanten“ Sitzung gab der gelbe Stratege Kalkofen seinen Bericht über den gelben Bundestag in Saarbrücken. Leider vergaß der Berichterstatter zu erwähnen, daß die Spaltung der Gelben, Berliner und Essener Richtung, immer noch besteht. In Nr. 26 der „Deutschen Arbeitswacht“ wird sogar berichtet, daß die Siemens-Schubert-Werke in Nürnberg aus dem Bund Deutscher Wertvereine ausgetreten sind. Auch die hiesigen Knappenvereine hatten bereits in der Gruppe „Morgenstern“ einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Der Antrag wurde vorläufig noch einmal zurückgezogen, nachdem Herr Geißler in höchst eigener Person in der nächsten Versammlung erschienen war. Man sieht, es kriecht, und eine rechte Einmütigkeit ist schwer herbeizuführen. Deswegen sind die Gelben quatschig, wenigstens wollen Sie das nach außen scheinen, wie der Schriftführer Schleifer Steinert in Weizenborn dies in der Nachschrift zum Sitzungsbericht glauben machen will. Er schreibt: „Hieran (an die „impopante“ Sitzung! D. W.) schloß sich ein gemüthliches Beisammensein. Für das Faß köstlichen Bieres, welches uns in liebenswürdiger Weise von der hiesigen Vereinsbrauerei zur Verfügung gestellt wurde, sagen wir an dieser Stelle unseren besten Dank. Die Kollegen Heinrich Schuster, Heinrich Mehner, Ernst Kaiser sowie Hähnel, Kammgarn- und Baumwollspinnerei Zwidau, zeigten ihre musikalische Vollendung, auch machten wir die Entdeckung, daß unser Bezirkskassierer, Kollege Bruno Wächler, es versteht, der sogenannten „Teufelsgeige“ die schönsten Töne zu entlocken. Besonderen Dank gebührt auch unserem Sumoristen, Kollegen Leichenting von der Kammgarnspinnerei Schedewitz, sowie Kollegen Wörler, Andiwerte. Auch die inzwischen erschienenen Geschäftsstellen unserer Kollegen halfen uns, einige frohe Stunden zu verleben. Der Sumor erreichte seinen Höhepunkt, als verschiedene Kolleginnen und Kollegen begannen, das Tanzbein zu schwingen. Von einer Trauer, weil vor einiger Zeit der rote Beamtenverein eine Hinrichtung an unseren Mitgliedern vollzogen zu haben vermeinte, war nicht die geringste Spur zu sehen.“ Wir beneiden die Herrschaften nicht um ihren Galgenhumor.

Literatur.

Vom Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletariatsjugend. Von Heinrich Georg Dikreiter. Geb. 1 Mk. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer, G. m. b. H., Berlin C.W. 68, Lindenstr. 69.

Der neueste Band der Vorwärtsbibliothek, der zweite in der neuen Serie, bringt die Geschichte einer Arbeiterjugend, wie sie sich nicht alle Tage abspielt. Der Verfasser ist einer von den zahlreichen Proletariatskämpfern, die sich aus eigener Kraft, „von unten auf“ zu leitenden Stellungen in der sozialdemokratischen Bewegung emporarbeiten und der nun ein ungeschminktes Bild seiner Entwicklung dem Leser bietet.

Es macht den besonderen Wert dieser Jugendgeschichte aus, daß sie in jeder Zeile den ursprünglichen Arbeiter erkennen läßt, den Mann, der das Leben des Arbeiters erfährt hat und es schildert, so wie es sich im Auf und Nieder des Lebens darstellt, ohne dichterische

Schminke und ohne Sentimentalität. Die Menschen, mit denen ihn das Leben zusammenführte, die Erziehungsstätten seiner Kindheit, die Arbeitsplätze, an denen er gewirkt, die Soldatzeit und Handwerkerlehrezeit, nicht minder aber auch das Elend des Proletariatslebens, das er als Fabrikarbeiter in jeder Form hat kennen gelernt, schildert Dikreiter ebenso eindrucksvoll wie lebendig. Das in seiner ungefühltesten Schreibweise dem Verständnis des Arbeiters angepaßte Buch wird sicher überall mit Interesse entgegengenommen werden, und niemand, der es gelesen hat, wird es unbefriedigt aus der Hand legen.

Dieser, wie alle andern Bände der Vorwärtsbibliothek sind in allen Parteibuchhandlungen vorrätig.

Briefkasten.

Anfrage. Wo find in „Schlichtereien“ Sudarische Schlichtmaschinen im Betrieb? Wie arbeiten dieselben? Wieviel Personen sind an einer Maschine beschäftigt? — Zu beantworten an die Geschäftsstelle des Deutschen Textilarbeiterverbandes Breslau, Leuthenstr. 17, Grth. II, oder im Briefkasten des „Textilarbeiter“.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 19. Juli, ist der 29. Wochenbeitrag fällig.

Betrifft Jahrbücher 1913.

Kann irgend eine Filiale Jahrbücher 1913 abgeben? Sollte dies der Fall sein, so bitten wir um Mitteilung an den Kollegen Karl Hübsch, wieviel Exemplare — ob broschiert oder gebunden — abgegeben werden können. Der Vorstand.

Gauverwaltungen.

Gau III. Der neugewählte Gauvorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Bernhard Brüggemann, Albrechtsplatz, 1. Vorsitzender; Friedrich Leben, Marktstraße 184, 2. Vorsitzender; August Mertz, Kronprinzenstraße 197, Kassierer; Heinrich Buschhüter, Kornstr. 15, Schriftführer.

Ortsverwaltungen.

Adressenänderungen.

- Gau 6.** Urauh. V und K: J. Zobel Lange Straße 11 II.
- Gau 7.** Würzburg. Bev. Mag. Franzen, Birchowstraße 7 I. Reiseunterstützung wird nunmehr abends um 7 Uhr gezahlt.
- Gau 7.** Bamberg. K und Geschäftsführer: J. Wolf, Albeustraße 31.
- Gau 7.** Füssen. V: M. Finl, Luitpoldstraße 3; K: Eber Ederle, Sebastianstraße 8.
- Gau 10.** Bärenstein. K: Mag. Kahle, Oberwiesentaler Straße 6.
- Gau 10.** Hermsdorf. V und K: W. Dieß, Nr. 4.
- Gau 12.** Görlitz. V: Gustav Weinert, Löbauer Straße 87.

Tariffragen betreffend. Auskunft wird an nachbenannten Stellen erteilt.

- Gau 3 (Krefeld):** Paul Vater, M.-Gladbach, Königstr. 13.
- Gau 5 (Mülhausen i. Elz.):** Josef Gsell, Mülhausen i. E., Dornacher Straße 3 (Teleph.: 1777).
- Gau 7 (Augsburg):** Michael von der Meulen, Augsburg, Unteres Kreuz 313.
- Gau 8 (Gera):** Tariffkommission, Gera (R.), Schülerstr. 5, Hinterhaus 1 Tr. Sonnabends nachmittags von 4—6 Uhr.
- Gau 9 (Plauen i. S.):** Tariffkommission für den Bezirk Oberfranken, Mag. Rathel, Hof i. B. Lorenzstr. 23.
- Gau 11 (Neugersdorf):** Gustav Flammliger, Neugersdorf, Postweg 96i.
- Gau 12 (Piegnitz):** Hermann Leichgräber, Langenbielau, 1. Bezirk, Nr. 11.
- Gau 13 (Berlin und Vororte):** Tariffkommission der Teppich- und Plüschbranche. Alle Sendungen sind zu richten an Mag. Gruhl, Berlin O. 27, Andreasstr. 17.
- Bielefeld.** Tariffkommission für Plüschweberei: Rudolf Strate, Stieghorst Nr. 155, bei Bielefeld.
- Elberfeld.** Tariffkommission für Moquette, Plüsch und Gobelin: Franz Braun, Sedanstraße 49.
- Greiz und Umgegend.** Geschäftsstelle: Breuringstraße 12 I. Jeden Donnerstagabend nach Schluß der Arbeitszeit. Telephon: Nr. 506.
- Hameln a. W.** Tariffkommission der Teppich- und Kutentweber: Heinrich Albert, Hameln a. W., Kupferhämdestr. 2.
- Mplau-Neißebau.** Geschäftsstelle: Mplauer Straße 28 I, Auskünfte freitags abends von 6—8 Uhr.
- Reichenbach i. B.** Geschäftsstelle, Reichenbach i. B., Weisstr. 3. Schriftlichen Anfragen ist der Filialstempel aufzudrücken.

Von allen irgendwo geltenden Lohnlisten, Lohnstarifen usw. wolle man der zuständigen Tariffstelle zwei Exemplare zustellen.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder:

- Berlin.** Heinrich Mogwitz, 60 Jahre alt — Herzschlag;
- Krefeld.** Gerhard Schaub, 66 Jahre alt — Wasserstich.
- Grimmitschau.** Albert Brütigam, Appreturmeister, 37 Jahre alt — Herzklappenfehler; Emilie Schortmann, 57 Jahre alt — Operationsfolgen.
- Frankenberg i. S.** Mag. Mehner, 48 Jahre alt — Leberleiden.
- Greiz.** August Koch, Weber, aus Köhlitz, 73 Jahre alt — Schlaganfall.
- Ludenwalde.** Gustav Prochnow, 67 Jahre alt — Gehirnschlag.
- Sorau.** Johann Langer, Christianstadt, 51 Jahre alt — Lungenkrankheit.
- Zeulenroda.** Hermann Schenker, 74 Jahre alt — Altersschwäche; Franz Riedel, 48 Jahre alt — f.
- Zwidau.** Oskar Schwalbe, 37 Jahre alt — Lungenleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Die Meldungen für die Streitfalltafel müssen jede Woche erneuert werden, wenn sie wiederholt werden sollen.)

In Bewegung befinden sich:
 Ansperrung sämtlicher Lucharbeiter und Arbeiterinnen in:
 Forst.
 Kottbus.
 Spremberg.

Guben.
 Ludenwalde.
 Sommerfeld.
 Finsterwalde.

In Bewegung befinden sich:
 Weber, Färber, Bleicher in:
 Elmshorn (Mechan. Weberei, Färberei und Bleicherei).

Spitzenweber in:
 Grimma (Birkigt).
 Seiden- und Stoffdrucker in:
 Schweiz.

Weber in:
 Bad Lausitz (Koch).
 Elmshorn (Mech. Weberei, G. m. b. H.).
 Cunewalde (W. Kalauch).
 Landeshut (Seidenweberei).
 Dsnabrück (F. S. Camerjen, Baumwollspinnerei- und Weberei).

Kammgarnspinner in:
 Saupersdorf (Ewald Kädiger).
 Chemnitz-Alt (Solbrig u. Söhne).
 Tritotagenarbeiter in:
 Limbach i. S. (E. Winkler).

Handschuharbeiter in:
 Aßch i. B.
 Aus sonstigen Gründen sollen Zugang unterlassen:
 Kurhelfer nach:

Berlin.
 Apolda.
 Schweiz.
 Bandweber nach:
 Färber und Wäscher nach:

Spinnereiarbeiter und -arbeiterinnen nach:
 Dsnabrück (Baumwollspinnerei und Weberei).

Seidenweber nach:
 Landeshut (Seidenweberei der Firma F. Meißner).
 Stoffdrucker nach:

Penig.
 Handschuhzuschneider nach:
 Limbach.

Gummibandwirker nach:
 Barmen (Aug. Krehrenberg).
 Gummibandweber nach:

Wien.
 Spitzen-, Gardinen-, Tüllweber nach:
 Kalisch (Ruffisch-Polen).

Weber und Weberinnen verschiedener Art nach:
 Brandenburg a. S., Hamburg, Hameln, Kassel, Oederan, Offenbach am Main, Reichenbach im Vogtland, Forst i. L., Hohenstein-Ernstthal (Wilh. Ende), Warth an der Ostsee, Säckingen (Rheinl.), Zittau-Scheibe (E. G. Thomas, Dedens- und Scheuertuchweberei).

Posamentierer nach:
 Berlin.
 Ansbach i. L.
 Kopenhagen (Winstrom, Westergade 10).

Bandwirker und Arbeiterinnen nach:
 Fürth (Firma J. Heymann).

Stoffhandschuharbeiter nach:
 Aßch in Böhmen (Eisenhimmel u. Co.).
 Weber und Weberinnen nach:
 Duisburg (Firma Cohlstädt u. Cron).

Textilarbeiter überhaupt nach:
 Spremberg N.-L.
 Hannover.
 Duisburg.

Da in Riesa-Gröba und in Lublinitz keine Reiseunterstützung gezahlt wird, wolle jeder in seinem eigenen Interesse diese Orte meiden. Auskunft für Lublinitz in Breslau, Leuthenstr. 17, Geschäftsstelle des Textilarbeiterverbandes.

An Reisende, die nach den in der Streitfalltafel aufgeführten Orten kommen, wird keinerlei Unterstützung gezahlt. Bei Anfragen wegen Arbeit ist stets die Stimmnummer des Mitgliedsbuches anzugeben.

Versammlungskalender.

Berlin. Zentralstelle: Jeden Freitag, abends von 5 bis 9 Uhr, in der Geschäftsstelle, Andreasstr. 17. Telephon: Königstadt 1873. Bahltag.

Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—8 Uhr, bei Lohan, Neue Jakobstr. 26: Bahltag.

Berlin. (Sektion der Dekateure und Presser.) Jeden Sonnabend, abends von 7—8 Uhr, bei Radke, Neue Jakobstr., Ecke Inselstraße: Bahltag.

Berlin. (Sektion Weisensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Paulich, Lehdorferstr. 5: Bahltag.

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Eiste, Wallstr. 32—33: Bahlabend und Besprechung von Branchenangelegenheiten.

Berlin. (Für Moabit.) Bahltelle: Waldstraße 12 bei Schlemann.

Berlin. (Für den Norden.) Bahltelle: Brunnenstr. 79, bei R. Döhling.

Berlin. (Für Neukölln.) Bahltelle: Pietenstr. 69 bei Kramer.

Berlin. (Für Britz.) Bahltelle: Kirchhoffstr. 41 bei Wolff.

Berlin. (Für Rummelsburg.) Bahltelle: Gaupstr. 87, bei S. Porzontek.

Berlin. (Für Südost.) Bahltelle: Büdlerstr. 2.

Berlin. (Sektion der Hand- und Schiffensticker und des Hilfsperionals.) Jeden Sonnabend, abends von 8 1/2 bis 10 Uhr, bei Friedrich Vog, Webersstr. 6.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Bahltelle: „Volkshaus“ (Restaurant), Rosinenstraße 3.

Überbach i. Baden. Sonntag, 26. Juli, im Gasthaus „Strabbenstein“ (Heinr. Reibel).

Haindichen. Sonnabend, 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei Rich. Walz.

Hameln. Sonnabend, 25. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Gütersloh. Dienstag, 21. Juli, Monatsversammlung.

Vollnhain. Sonntag, 26. Juli, nachm. 3 Uhr, Versammlung in der „Burg“ in Scheinhaus.

Mülhausen i. Elz. Mittwoch, 29. Juli, abends 8 Uhr, bei Weinzorn, Dornacher Straße 6.

Nowawes. Jeden Freitag, abends von 8 bis 9 Uhr, bei Siemke, Wallstraße 55, Bahlabend.

Nürtingen. Sonnabend, 25. Juli, abends 8 Uhr, in der „Traube“.

Tailfingen. Sonnabend, 25. Juli.

Treuen i. B. Sonnabend, 25. Juli.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 18. Juli.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit * versehenen Artikel Hermann Krähig, für alle andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.